



DIETER TIMMERMANN

Das Soziale stärken!

Neben der individuellen Begabung benötigen Studierende für ein erfolgreiches Studium einige strukturelle Bedingungen: bezahlbaren Wohnraum, eine gesicherte Studienfinanzierung (s. 6 ff.), mitunter ein psychosoziales Beratungsangebot ohne lange Wartezeiten (s. S. 12), ein gutes Betreuungsangebot für ihre Kinder - und BAföG-Sätze, die ihren jeweiligen Lebensbedingungen im Studium gerecht werden. Bezahlbarer Wohnraum für Studentinnen und Studenten wird immer knapper (s. S. 16). Das ist ein bundesweites Problem. Wir haben ein Rekordhoch von Studierenden: 2,8 Millionen. Und wir haben geradezu explodierende Mieten in vielen Hochschulstädten. Es rächt sich bitter, dass die vorherrschende Meinung der vergangenen Jahrzehnte in einem geradezu naiven Glauben annahm, der Markt würde es schon richten. Der Markt hat es gerichtet, allerdings nur für Vermieter und zahlungskräftige Mieter – für Studentinnen und Studenten hat er überhaupt nichts gerichtet. Die Studierenden von heute müssen für dieses Marktversagen teuer bezahlen.

Neben Marktversagen haben wir auch Politikversagen. Der Ausbau der staatlich geförderten Studienplätze über die Bund-Länder-Hochschulpakte ging nicht einher mit einem Ausbau sozialer Infrastruktur, die die 58 Studenten- und Studierendenwerke bereitstellen. Die Zahl staatlich geförderter Studienplätze ist seit 2008 um gut 42 Prozent gestiegen, die Zahl staatlich geförderter Wohnheimplätze nur um rund 5 Prozent. Es ist ein strukturelles Defizit der Bund-Länder-Förderpolitik für Wissenschaft und Hochschule, dass das Soziale - von bescheidenen Investitionen in die soziale Infrastruktur in einigen Bundesländern abgesehen – so gut wie ausgeklammert blieb. Das Soziale ist der blinde Fleck der deutschen Hochschulpolitik. Das Deutsche Studentenwerk fordert deshalb seit langem, flankierend zu den Hochschulpakten, einen Hochschulsozialpakt für die Studenten- bzw. Studierendenwerke – vor allem für den Neubau und die Sanierung von Studierendenwohnheimen. Unsere politische Kernforderung auch an eine künftige Bundesregierung lautet: Der Bund muss bei der Wohnraumförderung für Studierende angesichts seiner Finanzkraft dringend mit ins Boot; die Bundesländer stemmen das allein nicht. Es darf nicht so weit kommen, dass der Geldbeutel der Eltern über die Wahl des Studienorts entscheidet! Das wäre das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit.

Unsere jüngste Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden (s. S. 10) hat gezeigt: Der Kostendruck auf diese nimmt zu, dabei ist die Miete mit Abstand der größte Ausgabenposten. Studentinnen und Studenten jobben noch mehr neben dem Studium als in früheren Jahren, fast 70 Prozent von ihnen sind mittlerweile erwerbstätig. Das ist für den Studienerfolg nicht unbedingt förderlich.

Was mich sehr besorgt: Der Anteil der BAföG-geförderten Studierenden ist auf einem historischen Tiefstand angelangt. Weil die BAföG-Sätze nicht ausreichen, kompensieren die Studierenden dies mit vermehrter Erwerbstätigkeit – was könnten sie auch sonst tun? Darüber hinaus müssen die Eltern ihre Kinder während der Hochschulausbildung stärker unterstützen. Eine BAföG-Erhöhung pro Legislaturperiode reicht nicht, die Fördersätze müssen kontinuierlich angehoben werden. Wir brauchen einen Regelmechanismus beim BAföG, damit es mit der Entwicklung der Preise und Einkommen mitwachsen kann. Dies muss eine neue Bundesregierung, gleich welcher Couleur, sehr rasch angehen!

Fazit: Die soziale Dimension des deutschen Hochschulsystems muss grundlegend und nachhaltig gestärkt werden. Materiell, aber auch ideell, etwa beim Hochschulzugang für Studierende aus Nichtakademikerfamilien oder zum Erreichen der Mobilitätsziele im Bologna-Prozess. Denn das Soziale ist für Systemergebnisse mitentscheidend – auch in der Wissenschaft.

Prof. Dieter Timmermann,

Bildungsökonom und Präsident des Deutschen Studentenwerks

Inhalt



Gastkommentar Das Soziale stärken!	Seite	2
Impressum	Seite	3
Auf einen Blick	Seite	4
Prämie des Monats	Seite	5
Schwerpunkt: Soziale Situation der Studierenden 1. Wie leben Studierende heute? Vier Protokolle aus vier deutschen Städten 2. Studien zur ökonomischen Lage: BAföG ist Randnotiz 3. Interview mit Wilfried Schumann: Karrierechancen nur nicht verschlechtern 4. Interview mit fzs-Mitglied Nathalie Schäfer: "Veraltete Form von Studium" 5. Angespannter Wohnungsmarkt: Zimmer frei? Immer seltener! 6. GEW-Kommentar: Nicht lustig!	Seite Seite Seite Seite Seite	10 12 14 16
Bildungspolitik 1. Auf dem Prüfstand: Umstrittene Bildungsstandards 2. IQB-Bildungstrend 2016: Unterstützung statt Kontrolle	Seite Seite	
Beamtenpolitik 1. Streikrecht: Beamte sollen streiken dürfen! 2. GEW-Kommentar: Demokratie braucht Beamtenstreikrecht	Seite Seite	
Gesellschaftspolitik 1. GEW-Kongress zu Berufsverboten: Rehabilitierung steht noch aus 2. Jubiläum: Fünf Jahrzehnte Widerstand-Forschung	Seite Seite	_
Initiative "Bildung. Weiter denken!" Zwischenbilanz: Bildung muss besser finanziert werden	Seite	28
E&W-Serie "Willkommen in Deutschland" Unterkünfte geflüchteter Kinder und Jugendlicher: Gefährliche Orte	Seite	30
Länderserie "Fachkräftemangel" Lehrkräfte als Mangelware in Sachsen-Anhalt: Bildung am Küchentisch	Seite	32
Schule Filmrezension: "Schule ist behindert"	Seite	36
GEW-Intern 1. Spendenaufruf: Hilfe für Geflüchtete 2. Höhere Mitgliedsbeiträge: Mehr Geld für den Kampffonds	Seite Seite	
Internationales Deutsche Auslandsschulen: "Mangelnde Anerkennung des Geleisteten"	Seite	38
Fair Childhood Alternativen schenken: Faire Weihnachten!	Seite	40
Weiterbildung WB-Personalmonitor gibt Branchenüberblick: Hochqualifiziert, prekärer Job	Seite	42
Leserforum	Seite	45
Diesmal	Seite	48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund Vorsitzende: Marlis Tepe Redaktionsleiter: Ulf Rödde Redakteurin: Helga Haas-Rietschel Redaktionsassistentin: Katja Wenzel Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21 60489 Frankfurt am Main Telefon 069 78973-0 Fax 069 78973-202 katja.wenzel@gew.de www.gew.de facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats. Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der "Erziehung und Wissenschaft" auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144 60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.



Weltkonferenz gegen Kinderarbeit

Bildung ist der Schlüssel, um Kinderarbeit zu überwinden. Dies ist eine der Kernbotschaften der 4. Weltkonferenz gegen Kinderarbeit, die auf Einladung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der argentinischen Regierung im November in Buenos Aires stattgefunden hat. Teilnehmende aus 193 Ländern, unter ihnen auch Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, riefen zu verstärkten Anstrengungen auf, das Ziel der Vereinten Nationen, Kinderarbeit bis zum Jahr 2025 zu beenden, zu erreichen. Nachdem es, anders als von den UN erhofft, nicht gelungen sei, die schwersten Formen der Kinderarbeit bis 2016 abzuschaffen, seien mehr Kooperation und Unterstützung aller internationalen Partner geboten, heißt es in der Abschlusserklärung der ILO. Die Organisation schätzt, dass weltweit 152 Millionen Kinder arbeiten müssen, davon mehr als 70 Prozent in der Landwirtschaft, 40 Prozent unter gefährlichen Bedingungen. Der ILO-Experte Thomas Wissing betonte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa), man müsse die Ursachen der Kinderarbeit an der Wurzel packen und die Armut der Familien bekämpfen.

GEW Hessen: neue Spitze

Die GEW Hessen hat ein neues Führungsduo: Die Lehrerinnen Birgit Koch und Maike Wiedwald sind auf der Landesdelegiertenversammlung in Bad Soden (Taunus) mit 88 Prozent



Birgit Koch und Maike Wiedwald

der Stimmen zu neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. Koch hatte den Vorsitz im Tandem mit Jochen Nagel bereits seit 2014 inne. Wiedwald war vorher stellvertretende Vorsitzende. Nagel, seit 2002 an der Spitze des Landesverbandes, war nicht mehr angetreten.

Ausbildungsgarantie gefordert

Insgesamt rund 80.000 junge Menschen sind nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) zwischen Oktober 2016 und September 2017 bei der Lehrstellensuche im dualen

System leer ausgegangen. Mit Blick auf die aktuellen Ausbildungsmarktzahlen macht sich die GEW für eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Frauen und Männer stark. "Mehr als 1,9 Millionen junge Leute zwischen 20 und 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Das Risiko der Arbeitslosigkeit ist für Menschen ohne Berufsabschluss mehr als fünfmal so hoch wie für Menschen mit einem Berufs- und Fachschulabschluss", stellte Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortlich, fest. Klinger sprach von einem "gesellschaftspolitischen Skandal ersten Ranges", den sich die Republik aus sozialen und ökonomischen Gründen nicht erlauben könne. Obwohl die Arbeitgeber stets vor einem Fachkräftemangel warnen, nutzten sie die gute konjunkturelle Lage nicht, um ein deutliches Plus an Ausbildungsplätzen zu schaffen, monierte Klinger. Der GEW-Experte kritisierte zudem, dass die BA-Daten nur das Duale System beleuchteten. Es sei jedoch wichtig, dass die vollzeitschulischen Berufsausbildungen, etwa in den Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen, mehr beachtet würden.

Musikunterricht bloß Fußnote

Der Musikunterricht an allgemeinbildenden Schulen darf nach Ansicht des Deutschen Musikrates nicht länger bloß eine Fußnote sein. "Die viertreichste Industrienation der Welt lässt es zu, dass mancherorts bis zu 80 Prozent des Musikunterrichts an den Grundschulen ausfällt. Das ist ein Skandal", sagte Generalsekretär Christian Höppner der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Gerade in der Phase bis zum 14. Lebensjahr seien musische Erfahrungen prägend. Deshalb fordere der Musikrat immer wieder, so Höppner, dass "Musik Hauptfach in allen Schularten und Jahrgangsstufen sein müsse – so wie Rechnen, Schreiben und Lesen".

Kampf gegen Kinderarmut

Arm zu sein, kann für Kinder vieles bedeuten: kein Essen zu haben, kein Dach über dem Kopf, kein Geld zu haben, um im Sportverein mitzumachen. Einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge lebt in Deutschland jedes fünfte Kind länger als fünf Jahre in armen Verhältnissen. Weitere 10 Prozent der Kinder in der Bundesrepublik sind zeitweise arm. Wie die Untersuchung zeigt, sind Kinder aus armen Elternhäusern häufiger krank, haben schlechtere Noten, wiederholen häufiger Klassen und haben niedrigere Schulabschlüsse als die Töchter und Söhne der Wohlhabenden. Als armutsgefährdet gelten Mädchen und Jungen, die in einem Haushalt leben, der über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens verfügen kann oder vom Staat eine Grundsicherung erhält. Damit Kinder nicht länger in Armut leben müssen, fordert der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) von der Politik Steuer-und Abgabensenkungen für gering verdienende Eltern. Nach Angaben des DKSB-Präsidenten Heinz Hilgers leben von den 2,7 Millionen Mädchen und Jungen in Armut 1,5 Millionen bei Eltern, die täglich arbeiten gehen. Aber diese verdienten nicht genug, um das Existenzminimum ihrer Kinder zu erwirtschaften, sagte Hilgers der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Mitmachen lohnt sich ...

... mit jedem neu geworbenen GEW-Mitglied können Sie andere aktiv unterstützen.*

Prämie des Monats Dezember:

30-Euro-Spende

Spende in Höhe von 30 Euro für die GEW-Stiftung "fair childhood" oder den Heinrich Rodenstein Fonds für verfolgte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter





Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen

Po	Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211						
0	der per Coupon:						
ausfüllen.	L Vorname/Name		L GEW-Landesverband				
ft ausf	1		1				

Telefon

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Bitte in Druckschr

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



"Vollzeitjob"

// Franzi Rasch, 28, studiert im ersten Bachelorsemester Erziehungswissenschaften und Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. //

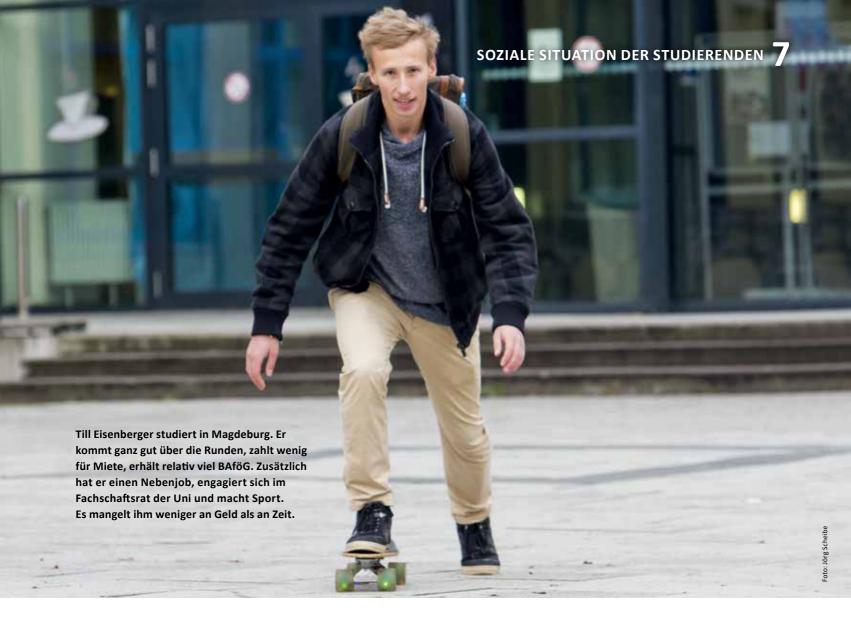
"Nach dem Abitur habe ich eine Ausbildung gemacht und vier Jahre als Erzieherin gearbeitet. Vor zweieinhalb Jahren habe ich dann meinen Sohn Jonas bekommen und danach noch ein bisschen weitergearbeitet, um jetzt das Studium anfangen zu können. Dafür habe ich meinen Job gekündigt. Es war relativ sicher, dass ich BAföG bekomme. Wie hoch es genau sein würde, war bis zum endgültigen Bescheid unklar - und der kam erst am 26. Oktober, also nach Beginn des Semesters. Das war schon etwas aufregend. Jetzt erhalte ich elternunabhängiges BAföG, weil ich drei Jahre Ausbildung plus die Berufszeit habe, und Kinderzuschlag, insgesamt 865 Euro. Der zweite Finanzierungsteil, den wir brauchen, weil

ich alleinerziehend bin, besteht aus Jonas' Kindergeld und Unterhaltsvorschuss. Das sind nochmal 335 Euro. Zusammen kommen wir also auf rund 1.100 Euro. Das ist für alles Drum und Dran, mit 540 Euro Miete für unsere 2,5-Zimmer-Wohnung, ganz schön knapp. Es funktioniert nur, weil ich relativ anspruchslos bin und weder ein teures Handy brauche noch kostspielige Hobbys habe. Das einzige, an dem ich nicht spare, ist die Qualität von Jonas' Essen – mir ist seine gesunde Ernährung sehr wichtig.

Im ersten Semester haben wir noch viele Pflichtveranstaltungen: In den Erziehungswissenschaften läuft es ziemlich verschult ab. Bei Europäischer Ethnologie ist insgesamt viel mehr Raum, sich seinem Interesse nach auszutoben – ich habe beispielsweise ein Tutorium über den "Aufstieg der neuen Rechten" zusätzlich gewählt – da freue ich mich besonders drauf. Mit den Zeiten ist es allerdings etwas schwierig, weil einige

Pflichtveranstaltungen bis 18 Uhr gehen, das passt mit den Betreuungszeiten in Jonas' Kita überhaupt nicht zusammen. Dann springen meine Eltern ein und holen ihn ab. Eine andere organisatorische Hürde ist das Textlesen: Wir müssen wahnsinnig viel lesen - ich schaffe es nur, weil ich innerhalb des Uni-Tages Pausen nutze, um das zu erledigen. Es auf abends zu schieben, wenn ich wie jetzt mit Jonas zusammen bin, funktioniert nicht – er wird supersauer und klappt das Buch immer wieder zu. Also muss ich künftig noch strukturierter sein und früher in die Uni gehen, um die Texte vorzubereiten. Insgesamt ist das Studium auf jeden Fall ein Vollzeitjob: Wenn ich zusätzlich noch jobben müsste, würde Jonas auf der Strecke bleiben, und ich würde auch keine guten Leistungen bringen können."

Aufgezeichnet von Eleonora Pauli, freie Journalistin



"Ein paar Semester mehr"

// Till Eisenberger, 22, studiert im fünften Bachelorsemester Betriebswirtschaftslehre (BWL) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. //

"Nach drei Semestern Biotechnologie in Emden an der Nordsee wollte ich etwas anderes studieren und auch geografisch etwas Neues ausprobieren - eine neue Himmelsrichtung. Magdeburg fand ich interessant. Als ich dann für BWL angenommen wurde, bin ich einfach meinem Bauchgefühl gefolgt. Es war eine gute Entscheidung, denn das Studentenleben ist wirklich schön hier! Ich wohne allein in einer 1,5-Zimmer-Wohnung mit großer Wohnküche und zahle dafür 350 Euro warm. Das geht ganz gut, denn ich bekomme relativ viel BAföG: knapp 550 Euro im Monat, dazu kommen 190 Euro Kindergeld. Versichert bin ich noch über meine Eltern - zusätzlich hatte ich aber eigentlich immer einen Nebenjob. Vor

kurzem habe ich mich im Bereich Eventmanagement und Gastronomie selbstständig gemacht, weil ich damit in weniger Zeit mehr verdiene. Ich darf monatlich 425 Euro aber nicht überschreiten, damit das BAföG nicht gekürzt wird und ich in der Familienkasse bleiben kann - das sind drei bis vier lange Nächte Arbeit im Monat. Insgesamt fehlt mir eher die Zeit als das Geld. Die Arbeitsbelastung im BWL-Studium ist ziemlich hoch. Wenn man kontinuierlich etwas tut, ist das, als hätte man einen Vollzeitjob. Außerdem mache ich noch ziemlich viel nebenbei, zum Beispiel ehrenamtlich an der Uni: Ich bin im Fachschaftsrat, im Studierendenrat und bin Fachkoordinator für Fachschaftsarbeit. In meiner Freizeit spiele ich Fußball, Handball und Tischtennis, möchte meine Freunde und meine Freundin sehen. Bisher bekomme ich das ganz gut unter einen Hut. Ich will auch noch ins Ausland gehen - werde also sicher ein paar Semester länger machen müssen. Wenn ich

mir utopische Studienbedingungen vorstelle, würde ich das Studium entspannter strukturieren. Immerhin ist es mit die beste Zeit im Leben: Man ist jung, man ist noch frei, man kann viel erleben. In der Arbeitswelt später ist es dann so, dass man arbeitet, 30 Tage Urlaub hat und das war's. Man sollte das Studieren also ausnutzen können. Dafür würde ich das Studium auseinanderziehen, es nicht so mit Kursen vollstopfen. Damit man immer etwas zu tun hat, aber dennoch genug Freizeit, etwas vom Leben mitzubekommen und nicht nur am Schreibtisch zu sitzen. Mein Traum für den Master ist, in München zu leben - eine neue Himmelsrichtung. Aber das wird vermutlich schwierig, denn der BAföG-Satz ist ja überall gleich und es wird nicht geschaut, wie hoch die Lebenshaltungskosten im jeweiligen Ort sind. Mal sehen, ob es klappt."

Aufgezeichnet von Eleonora Pauli, freie Journalistin



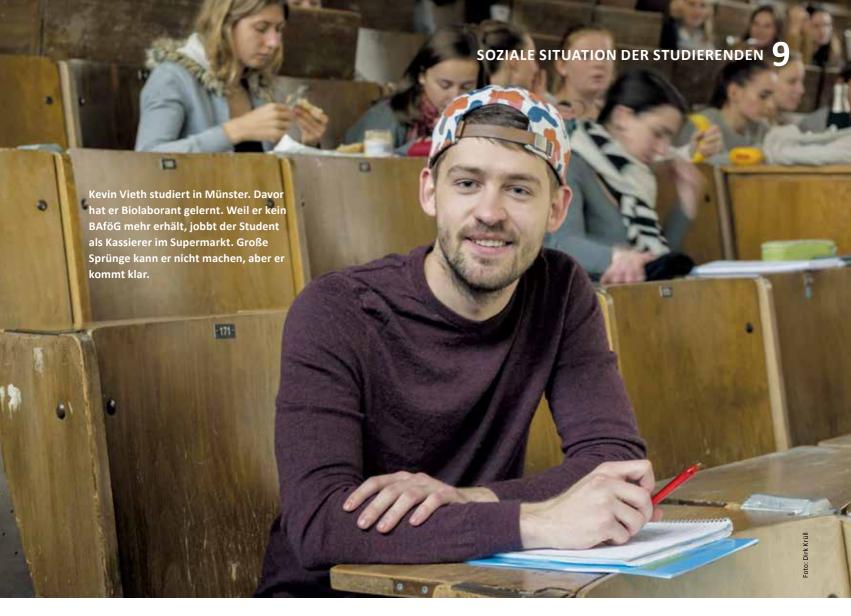
"Ganz schön teuer"

// Carla Bumann, 22, studiert im sechsten Bachelorsemester Sozialwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. //

"Studieren ist ganz schön teuer. Zum Glück unterstützen mich meine Eltern und helfen mir dabei, das Studium zu finanzieren. Sie übernehmen die Miete im Studierendenwohnheim – das sind 250 Euro pro Monat. Ich habe noch einen alten Vertrag, der ist für den Wohnungsmarkt in Düsseldorf unschlagbar günstig. Wer heute im Wohnheim einzieht, muss schon mehr bezahlen. Und ich bekomme nochmal zusätzlich etwas über 200 Euro Taschengeld von meinen Eltern. Damit zahle ich dann den größten Teil meiner Lebensmittel. Alles, was ich sonst noch ausgebe. muss ich mir dazuverdienen, durch die Arbeit bei einer Eventlocation: Das ist eine Hochhausetage, in der Partys,

Workshops oder Schulungen von Firmen stattfinden. Ich bin vor allem für Organisationsfragen während der Veranstaltungen zuständig – wenn man so will, ist das ein etwas besserer Kellner-Job. Für mich ist wichtig, dass diese Arbeit sehr flexibel ist: Während der Prüfungsphasen kann ich etwas weniger machen, in entspannteren Wochen arbeite ich häufiger. Im Schnitt verdiene ich dort zwischen 200 und 300 Euro im Monat, und ein bisschen davon bleibt am Monatsende sogar noch übrig. Neben Miete und Essen gebe ich das meiste Geld eigentlich für Festivals und Konzerte aus - und weil die oft im Sommer sind, muss ich eben in den anderen Monaten dafür sparen. Mir gefällt dieser Job ganz gut, es ist eine angenehme Abwechslung zum dauernden Nachdenken und zur Gedankenarbeit im Studium. Es tut gut, auch mal ein bisschen körperlich zu arbeiten und zum Beispiel Wasserkisten zu schleppen. Andererseits ist auch klar: Das ist eine reine Servicetätigkeit, die mir für später und für meinen Lebenslauf überhaupt nichts bringt. Ich mache diesen Job wirklich nur wegen des Geldes: Zwölf Euro pro Stunde sind deutlich mehr, als ich beispielsweise als studentische Hilfskraft bekommen würde. Die Kombination aus guter Bezahlung und Flexibilität macht es für mich zum perfekten Job. Was ich in Zukunft vorhabe? In den nächsten Monaten dreht sich erst mal alles um meine Bachelorarbeit. Danach werde ich im Rahmen des Freiwilligendienstes ,Kulturweit' für mindestens ein halbes Jahr nach Mexiko gehen - und dann wahrscheinlich ein Masterstudium anschließen. Aber ich weiß noch nicht, was und wo das genau sein wird."

Aufgezeichnet von Armin Himmelrath, freier Journalist



"Richtige Entscheidung"

// Kevin Vieth, 22, studiert im dritten Bachelorsemester Biowissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. //

"Nach dem Abitur habe ich eine Ausbildung als Biolaborant gemacht und bin erst danach an die Uni gegangen. Das Studium war und ist für mich eine Art fachliche Weiterbildung - auch wenn ich in den ersten beiden Semestern viele Sachen gehört habe, die ich eigentlich schon aus der Ausbildung kannte. Ich hoffe, dass das in den kommenden Semestern noch anders wird. Wir sind ungefähr 200 Studierende im Semester, davon haben vielleicht 15 oder 20 vorher eine Ausbildung gemacht. Anerkannt wurde uns davon aber nur sehr wenig: Bei mir war das eine einzige Übung, und der Bescheid kam auch erst, als das Semester bereits halb vorbei war. Da hatte ich schon das Gefühl, dass sich die Uni die Einzelfälle nicht so

richtig angeschaut hat – man ist einfach nur einer von vielen, Ausnahmen werden ungern gemacht. Grundsätzlich aber war die Entscheidung fürs Studium genau richtig. Es macht schon großen Spaß und ist ein ganz anderes Leben als vorher in der Ausbildung.

In den ersten beiden Semestern habe ich noch BAföG bekommen. 250 Euro im Monat. Dann hat meine Mutter wieder angefangen zu arbeiten, sodass meine Eltern jetzt ein höheres Einkommen haben und damit leider über der BAföG-Grenze liegen. Das heißt, dass ich seit Anfang des laufenden Semesters arbeiten gehen muss. Ich habe einen 450-Euro-Job als Kassierer in einem Supermarkt. An drei Abenden pro Woche arbeite ich jeweils vier Stunden. Außerdem bekomme ich noch das Kindergeld von meinen Eltern weitergereicht und zusätzlich 200 Euro im Monat, die sie mir als Darlehen geben - das werde ich irgendwann zurückzahlen müssen. Ins-

gesamt habe ich aktuell knapp 850 Euro im Monat zur Verfügung, damit komme ich gut klar. Vorher, als ich noch BAföG bekommen habe, waren es nur 650 Euro. Das hat auch gereicht, obwohl man damit natürlich keine großen Sprünge machen kann. Mein Wohnheimzimmer beim Studentenwerk ist 15 Quadratmeter groß und kostet 305 Euro - ein Festpreis, und das empfinde ich als großen Vorteil: Heizung, Wasserverbrauch und Internetkosten sind schon mit drin. Es gibt also keine versteckten und schlecht zu kalkulierenden Kosten, die am Monatsende plötzlich noch bezahlt werden müssen. Im Moment bin ich ziemlich zufrieden damit, wie es läuft - nur ein bisschen mehr Sport wäre noch schön. Aber durch das Studium und die Arbeit komme ich dazu nicht so oft, wie ich es mir wünschen würde."

Aufgezeichnet von Armin Himmelrath, freier Journalist

BAföG ist Randnotiz

// Zwei aktuelle Studien beleuchten die ökonomische Situation von Studierenden: die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW)* und eine Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS)**. Beide wurden im Sommer vorgestellt und beziehen sich auf Erhebungen aus den Jahren 2010 bis 2016. //

Studierende in Deutschland benötigen durchschnittlich 840 Euro im Monat – für Miete und Essen, Bücher, Kommunikation, Körperpflege und Freizeitgestaltung. Der tatsächliche Bedarf schwankt allerdings stark, je nach Alter und Wohnsituation. Wer etwa mit Anfang 20 in Greifswald im Wohnheim lebt, braucht deutlich weniger Geld als eine 28-jährige Studentin mit Mietwohnung in München. De facto kommen viele Studierende auch mit weniger Geld aus, das geht dann aber zu Lasten etwa der Ernährung.



Viele Studierende haben nicht genug Geld, um ihren täglichen Bedarf zu decken. Fast 70 Prozent der Studentinnen und Studenten jobben deshalb neben dem Studium.

Wer ärmere Eltern hat, studiert mit deutlich größeren finanziellen Ängsten und Unsicherheiten. Das könnte unter anderem daran liegen, dass der BAföG-Höchstsatz von 735 Euro den tatsächlichen Bedarf von Studierenden nicht deckt: Der Mietpauschale von 224 Euro stehen übliche Mieten von 300 bis 400 Euro gegenüber, die Pauschale für Lebenshaltungskosten (373 Euro) liegt am unteren Rand des tatsächlichen Bedarfs von 360 bis 476 Euro, und die Kranken- und Pflegeversicherungspauschale reicht zumindest dann nicht zur Deckung der Gesundheitskosten, wenn die Studierenden statistisch das 30. Lebensjahr beziehungsweise das 14. Fachsemester vollendet haben.

Dass sogenannte "Normalstudierende" – ledige, nicht bei den Eltern wohnende Vollzeitstudierende im Erststudium – im Sommersemester 2016 trotzdem über relativ hohe Einnahmen von durchschnittlich 918 Euro im Monat verfügten (76 Euro mehr als vier Jahre zuvor), hat verschiedene Gründe: Fast

70 Prozent der Studentinnen und Studenten jobben mittlerweile neben dem Studium – die Erwerbstätigenquote ist damit so hoch wie nie zuvor. Zusätzlich greifen Eltern immer tiefer in die Tasche: Ihre Zahlungen sind von 2012 bis 2016 um 18 Prozent gestiegen, neun von zehn künftigen Akademikern erhalten finanzielle Unterstützung von den Eltern. Im Schnitt besteht etwa die Hälfte aller monatlichen Einnahmen aus Zahlungen der Eltern, der eigene Verdienst macht rund ein Viertel aus.

15 Prozent erhalten BAföG

Dagegen ist der BAföG-Anteil an den Gesamteinnahmen seit 2012 um 5 Prozentpunkte gesunken und beträgt nun 12 Prozent. Das BAföG ist nur noch eine Randerscheinung der Studienfinanzierung. Auch, wenn man die Zahl der geförderten Studierenden betrachtet: 2016 bekamen nur 18 Prozent der Normalstudierenden überhaupt Leistungen – vier Jahre zuvor waren es noch 24 Prozent. Bezieht man Verheiratete, Studierende mit Kind oder solche im Zweit- oder Teilzeitstudium in die Rechnung mit ein, dann sind es sogar nur 15 Prozent. Die Quote der Geförderten liegt damit auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der 1990er-Jahre.

Das beeinflusst auch die Auslandsmobilität: Von den 72 Prozent der jungen Menschen, die noch nicht im Ausland studiert haben, sieht ein Drittel keine Chance für einen Auslandsaufenthalt. Gründe: die Erwartung einer finanziellen Mehrbelastung, der Wegfall von Verdienstmöglichkeiten sowie die Befürchtung, durch ein Auslandsstudium könnte sich die Studiendauer verlängern. Da die am häufigsten genutzte Quelle zur Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes noch immer das Elternhaus ist (72 Prozent), wundert es nicht, dass Studierende aus bildungsferneren Familien seltener ins Ausland gehen als ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen aus Akademikerhaushalten (Bildungsherkunft "niedrig": 13 Prozent, Bildungsherkunft "hoch": 21 Prozent). Noch seltener zieht es Studierende mit Kindern ins Ausland – hier sind es nur 11 Prozent.

Eleonora Pauli, freie Journalistin



- *www.sozialerhebung.de
- **www.studentenwerke.de/de/content/ ermittlungen-der-lebenshaltungskosten-von

GEW, ver.di und IG Metall sowie der DGB und die DGB-Jugend haben im Februar 2017 einen "Alternativen BAföG-Bericht" vorgelegt: www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/immer-mehr-studierende-immer-weniger-bafoeg/.



Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.



Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. **Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:**

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder Telefon 0800 292 22 74.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der





Karrierechancen nur nicht verschlechtern

// Wilfried Schumann ist Diplom-Psychologe und psychologischer Psychotherapeut. Er leitet den Psychologischen Beratungsservice von Universität und Studentenwerk Oldenburg* und bietet mit seinen Kolleginnen und Kollegen Hilfe für Studierende, die unter Studienschwierigkeiten oder persönlichen Problemen leiden. Ein Gespräch über Leistungsdruck im Studium. //

E&W: Herr Schumann, Sie leiten seit mittlerweile 20 Jahren den Psychologischen Beratungsservice an der Uni in Oldenburg. Wie hat sich die Situation der Studierenden und damit auch Ihre Arbeit in dieser Zeit entwickelt?

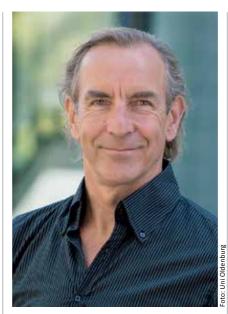
Wilfried Schumann: Ich nehme vor allem eine deutlich veränderte Atmosphäre an den Hochschulen wahr. Das hat natürlich mit der Bologna-Reform zu tun: Bologna hat den Leistungsaspekt im Studium in den Vordergrund gerückt. Punkte und Noten sind heute an der Hochschule die entscheidende Währung. Im Studium auch mal sinnlose Dinge zu tun und zweckfreien Spinnereien nachzugehen – das hat sich deutlich reduziert. Die verschärfte Situation lässt das kaum noch zu.

E&W: Klingt jetzt ein bisschen nostalgisch: Früher war das Studium besser ...

Schumann: Nur auf den ersten Blick. Für uns ist es einfach eine ständige Herausforderung, problematische Trends frühzeitig zu erkennen und dann flexibel zu reagieren. Früher hatten wir hier eher mal Studierende aus höheren Semestern, die Rat suchten bei ihrer gesellschaftskritischen Sinnsuche. Heute dagegen geht es fast immer um Fragen der Leistungssteigerung, um Erfolg und

E&W: Gibt es denn keine positive Seite der Entwicklung?

Schumann: Doch, die stärkeren Strukturen haben natürlich die Verwahrlo-



Diplom-Psychologe Wilfried Schumann: "Punkte und Noten sind heute an der Hochschule die entscheidende Währung. Im Studium auch zweckfreien Spinnereien nachzugehen - das hat sich deutlich reduziert."

sungsprozesse reduziert. Aber prägend sind in meiner Wahrnehmung der größere Stress und die Überforderungstendenzen - nicht nur im Studium, sondern ganz generell in dem größeren Kontext, in dem junge Menschen heute aufwachsen. Das Tempo wurde in allen Bildungsbereichen spürbar angezogen. Viele Schülerinnen, Schüler und Studierende haben ein Selbstbild verinnerlicht, das vor allem von dem Ziel geprägt ist, schnell und effektiv zu sein. Die organisieren ihr gesamtes Leben nach dem Motto: "Wie kontaminiere ich am wenigsten meine Karrierechancen?"

E&W: Das ist jetzt aber ausgesprochen böse formuliert.

Schumann: Leider nicht. Eines der Standardthemen in der Beratung ist die Angst, die Regelstudienzeit zu überziehen. Als ob Studierende Maschinen

wären, die alle genau gleich lernen und zur gleichen Zeit fertig sein müssten! Wir versuchen dann, die Individualität deutlich zu machen, die eben auch zu Lernprozessen gehört. Und weisen darauf hin, dass die berufliche Perspektive für Akademikerinnen und Akademiker derzeit ausgezeichnet ist, auch mit einem oder zwei Semestern mehr. Aber die Angst vor dem Abweichen von verinnerlichten Leistungsidealen ist in den Köpfen tief verwurzelt - viele Studierende laufen mit diesen Gespenstern herum.

E&W: Wie können Sie da gegensteuern?

Schumann: In unserer Beratungsarbeit geht es darum, den Leistungsdruck zu hinterfragen und zu relativieren. Das ist ein richtiger Kampf gegen eine Kultur der unbedingten Zielerreichung. Die meisten kommen mit einer klaren Anforderung zu uns: "Helft mir, den Abschluss in der Regelzeit, ein reibungsloses Studium, die guten Noten zu erreichen. Helft mir, den Stress und den Druck handhaben zu können." Wenn wir dann sagen, dass wir für den Stressabbau auch bestimmte Zielsetzungen infrage stellen müssen, die uns als nicht realisierbar erscheinen, verlassen manche Studierende die Beratung ziemlich enttäuscht. Dabei tut man sich keinen Gefallen, wenn man chronisch über die eigenen Grenzen hinausgeht – was bei vielen Studierenden leider der Fall ist.

E&W: Woher kommt das?

Schumann: Die jungen Leute wachsen mit dem ständigen Vergleich untereinander auf. Das ist ein kontinuierlicher Wettbewerb mit dem eigenen Altersjahrgang. Und dann vergessen sie irgendwann, dass sie in ganz unterschiedlichen Situationen leben. Sie vergessen, dass man, wenn man ein Kind oder andere familiäre Verpflichtungen hat, einfach nicht so schnell im Studium sein kann wie andere. Sie sehen nicht, dass das Jobben nebenher Zeit und Energie kostet. Stattdessen schauen sie auf ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen und sehen: Die Kohorte marschiert weiter. Dazu kommt, dass manche Veranstaltungen nur einmal im Jahr angeboten werden. Und so entsteht dieses Gefühl des Versagens, des Hinterherhinkens und des eigenen Ungenügens.

E&W: Welche Rolle spielen dabei die Eltern?

Schumann: Das ist eine spannende Geschichte. Viele Studierende kommen ja aus eher liberalen und entspannten Elternhäusern – da sollte man eigentlich eine gewisse Gelassenheit erwarten. Subtil wird aber in vielen Familien doch etwas anderes transportiert: Wir haben viel in dich investiert, Kind – enttäusche uns bitte nicht. Das wirkt sich bei Einzelkindern vielleicht noch stärker aus als bei Studierenden, die Geschwister haben.

E&W: Und wenn irgendwann die Überforderung zu groß ist, kommen die Betroffenen zu Ihnen?

Schumann: Ja. Die Zahlen steigen seit Jahren kontinuierlich an. Um es klar zu sagen: Das Studium an den deutschen Universitäten und Fachhochschulen ist kein unmenschliches System. Aber es gibt einen relevanten Anteil an den Studierenden, der damit trotzdem nicht klarkommt und dem wir unsere Unterstützung und Hilfe anbieten.

E&W: Was empfehlen Sie als Gegenstrategie?

Schumann: Da gibt es zwei Bereiche: den institutionellen und den individuellen. Von den Hochschulen wünsche ich mir, dass sie den Aspekt des eigenen Lerntempos stärker zum Thema machen. Beim Marathon erwartet ja auch niemand, dass alle Teilnehmer genau nach drei Stunden im Ziel sind – warum sollte das bei einem Studium über drei oder sogar fünf Jahre so sein? Hier sollten die Universitäten und Fachhochschulen stärker zum individuellen Tempo ermutigen und ein Abweichen

von der vermeintlichen Norm nicht als Makel sehen.

E&W: Und was empfehlen Sie individuell?

Schumann: Ein Besinnen darauf, was ich kann und was ich bereits leiste. Die Studierenden sollten ein Gespür dafür entwickeln, was sie sich zumuten können. Es geht doch im Studium in erster Linie um die individuelle Bildung und die persönliche Entwicklung – und nicht darum, exakt nach der Regelstudienzeit mit einer Spitzennote fertig zu sein. Die wirkliche Heldin ist für mich die Studentin mit Kind, die noch einen Job neben dem Studium hat und trotzdem ein durchschnittliches Examen macht! Davor habe ich einen riesigen Respekt.

Interview: Armin Himmelrath, freier Journalist

*www.uni-oldenburg.de/pbs/



"Veraltete Form von Studium"

// Nathalie Schäfer, 23, ist Mitglied des Vorstands des "freien zusammenschluss von studentInnenschaften" (fzs) und GEW-Mitglied. Sie studiert an der Frankfurter Goethe-Universität. Ein Gespräch über Arbeitsbelastung, selbstbestimmte Bildung und die Weiterentwicklung der Bologna-Reform. //

E&W: Frau Schäfer, Sie studieren im achten Semester Kunstgeschichte und Erziehungswissenschaften. Können Sie sich ein Studium ohne Credit Points und ohne die Unterteilung in Bachelor und Master überhaupt vorstellen?



Nathalie Schäfer

Nathalie Schäfer: Das kann ich mir tatsächlich schwer vorstellen. Die Bachelor-Master-Struktur hat sich inzwischen durchgesetzt.

E&W: Die sogenannte Bologna-Reform sollte die Studienzeit verkürzen, das Studium in Europa erleichtern und den Übergang ins Berufsleben ebenso. Ist das geglückt?

Schäfer: Nicht wirklich. Das Konzept der Maximalstudienzeit muss man hinterfragen. Angeblich reichen sechs bis acht Semester für den Bachelor und zwei bis vier Semester für den Master. Doch 60 Prozent der Studierenden schließen ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit ab.

E&W: Aber die Kultusminister hatten die Prüfungs- und Arbeitsbelastung 2012 nach heftiger Kritik von Studierenden doch reduziert.

Schäfer: Die Anforderungen sind immer noch sehr hoch. In der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks haben mehr Studierende angegeben, unter Burnout und psychischen Problemen zu leiden. Die Studierenden haben inklusive vorlesungsfreier Zeit eine 32- bis 39-Stunden-Woche pro Semester, wenn sie ihr Studium in der Regelstudienzeit abschließen wollen. Für soziales Engagement bleibt wenig Zeit. E&W: Spüren Sie das ebenfalls?

Schäfer: Ich merke das, wenn ich Kommilitonen dazu ermuntern will, sich zu engagieren. Dann kommt oft die Rückmeldung: "Ich finde die Aktion cool, aber ich muss arbeiten. Oder ich muss noch diese Hausarbeit schreiben." Es gibt zwar Studienordnungen, nach denen sich Studierende für Gremienarbeit Urlaubssemester nehmen oder sich das sogar fürs Studium anrechnen lassen können. Aber das sind die allerwenigsten.

E&W: In einer Umfrage des fzs von 2014 war die Mehrheit der Studierenden zufrieden mit dem Studium. Daraus kann man doch schlussfolgern: Bologna ist ein Erfolg.

Schäfer: Die Hochschulen und das Studium sind durch Bologna wettbewerbsorientierter geworden. Das ist problematisch. Employability wurde nach vorn gestellt und diesen Bildungsbegriff teilen wir als fzs nicht. Für uns soll Bildung die Menschen zum selbstständigen Handeln befähigen und nicht allein auf den Arbeitsmarkt vorbereiten.

E&W: Aber laut der fzs-Umfrage wünschen sich die Studierenden sogar mehr Anwendungsorientierung im Master. Wie passt das zusammen?

Schäfer: Das entspricht dem Zeitgeist. Schon in der Schule werden wir darauf vorbereitet, dass wir später am Arbeitsmarkt zueinander im Wettbewerb stehen. Viele Studierende haben Angst, dass sie in diesem Wettbewerb nicht mithalten können. und das drückt sich dann eben in ihrem Studium und der Studienkonzeption aus. Ich würde mir was anderes wünschen.

E&W: Was denn?

Schäfer: Eine Form von freierer, selbstbestimmterer Bildung. Ich würde mir gern selbst die Module raussuchen, von denen ich mir den höchsten Erkenntnisgewinn verspreche, auch wenn sie mir nach Prüfungsordnung momentan verwehrt sind. Ich wollte mich zum Beispiel mit Walter Benjamin befassen, aber dieses Seminar konnte ich mir für meine Fächerkombination nicht anrechnen lassen. Solche Reglementierungen gehen an Bologna und dem Ziel, sich am Studierenden zu orientieren, vorbei.

E&W: Wie muss denn Bologna weiterentwickelt werden? Wie sinnvoll ist im digitalen Zeitalter etwa noch die Präsenzpflicht?

Schäfer: Wir haben tatsächlich vielfach eine veraltete Form von Studium. Auch in meinem Studiengang gibt es die Präsenzpflicht noch. Das geht zu Lasten der vielen Studierenden, die nebenbei arbeiten. Außerdem ist es unverständlich, dass Studierende, die sich bereit fühlen, eine Prüfung abzulegen, das nicht dürfen. Man kann ein Modul erst abschließen, wenn man seine Anwesenheit ausreichend nachweisen kann.

E&W: Aber zurück zum Diplom wollen Sie nicht?

Schäfer: Auf keinen Fall. Es muss ein Umdenken im bestehenden System geben, damit kooperatives Lernen wieder ermöglicht wird.

Interview: Anna Lehmann. taz-Redakteurin



Dem Leben auf der Spur

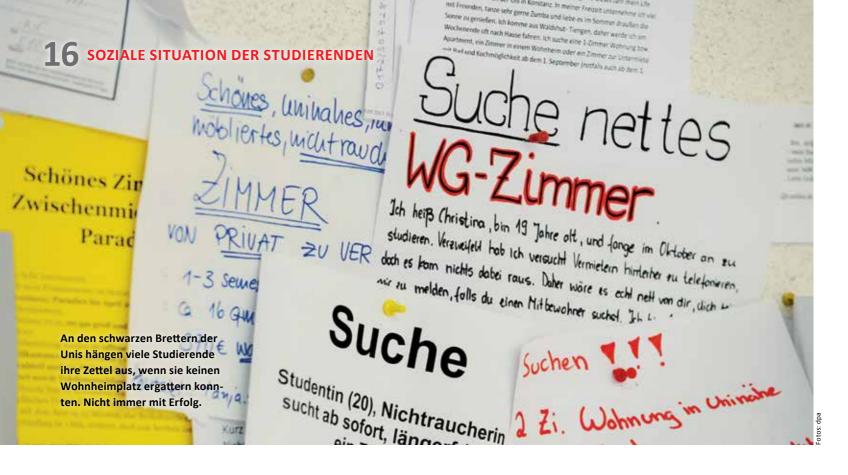
BZQA

Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Das Medienpaket zur Sexualaufklärung

Für Mädchen und Jungen
Für das selbstständige Lesen
Für das gemeinsame Lesen mit den Eltern
Für den Einsatz im Unterricht





Zimmer frei? Immer seltener!

// Rund 2,8 Millionen Studierende gibt es in Deutschland – so viele wie nie zuvor. Die meisten von ihnen müssen sich nicht nur um Klausuren, Referate und Fachliteratur kümmern, sondern auch eine Bleibe finden. Doch in vielen Uni-Städten ist der Markt angespannt, bezahlbarer Wohnraum fehlt. //

Johanna Niemann hatte Glück. Seit diesem Wintersemester studiert die 19-Jährige Volkswirtschaftslehre in Köln. Und sie hat einen der begehrten Plätze in einem Studentenwohnheim ergattert. 278 Euro Miete zahlt sie für ein 18-Quadratmeter-Zimmer. Bad und Küche teilt sie sich mit zwei anderen Bewohnerinnen. Mit ihrer Wohnsituation ist sie mehr als zufrieden: "Durch das Studentenwohnheim habe ich schnell Kontakte knüpfen können", sagt die junge Frau. "Das erleichtert den Start in einer neuen Stadt ungemein."

Dass es auch anders laufen kann, hat Niemann selbst erlebt. Bevor sie nach Köln kam, hatte sie zwei Semester Medizin in München studiert. In den ersten Wochen konnte sie bei einer Verwandten wohnen – doch sie wünschte sich, in ihre eigenen vier Wände zu ziehen. Das gestaltete sich schwieriger als erwartet.

Der Wohnungsmarkt in München ist extrem angespannt: "Studentinnen und Studenten werden von Vermietern nicht gerne genommen", ist ihre Erfahrung. Wie prekär die Wohnsituation für angehende Akademiker ist, zeigt die aktuelle Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW), die im Juni dieses Jahres erschienen ist (s. S. 10). Eins der Ergebnisse: Der finanzielle Druck nimmt zu. Immer mehr Studierende jobben, auch die Eltern steuern mehr Geld bei. Mit durchschnittlich 323 Euro geben Studentinnen und Studenten am meisten Geld fürs Wohnen aus - mehr als ein Drittel des Budgets, das sie monatlich zur Verfügung haben. Wer in einem Wohnheim der Studentenwerke lebt, zahlt statistisch am wenigsten: rund 270 Euro. Deutlich höher ist die Miete, wenn sich Studierende für eine eigene Wohnung entscheiden.

Fast die Hälfte für Miete

Die Miete belaste Studierende teils sehr stark, erklärt Achim Meyer auf der Heyde: "Manche müssen mit weniger als 700 Euro pro Monat auskommen, sie wenden im Schnitt fast die Hälfte für die Miete auf", sagt der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks. Das erklärt auch, warum sich vor allem Kinder aus einkommensschwachen Familien

dafür entscheiden, während des Studiums weiter bei ihren Eltern zu wohnen. Es gibt allerdings auch Uni-Städte, in denen die Wohnungssituation noch entspannt ist. Andreas Jaumann studiert seit sechs Jahren in Leipzig. Erst hat er einen Bachelor in Philosophie und Politik gemacht, jetzt ist er im ersten Master-Semester für das Fach Nachhaltige Entwicklung eingeschrieben. Bis vor einem Jahr lebte er zusammen mit Freunden in einer Villa mit 100 Quadratmetern. Die Miete lag insgesamt bei 670 Euro warm - Studierende in Hamburg oder München können davon nur träumen. Aktuell wohnt er für 200 Euro in einem 14-Quadratmeter-Zimmer, nächstes Jahr geht er zum Auslandsstudium ins niederländische Utrecht. Dass er danach in Leipzig wieder eine Wohnung suchen muss, macht Jaumann keinen Stress: "Die Mieten sind auch bei uns gestiegen", sagt er, "allerdings deutlich geringer als in anderen Städten." Trotzdem spüre er, dass mehr Leute um ein Zimmer konkurrieren.

Eine Einschätzung, die eine Studie des Moses Mendelssohn Instituts (MMI) bestätigt. In Kooperation mit dem Portal wg-gesucht.de analysiert das Institut regelmäßig den Wohnungsmarkt in allen 93 Uni-Städten, in denen mehr als 5.000 Studierende leben. Ergebnis

der Untersuchung von 2017: Der Wohnungsmarkt für Studierende ist ungünstiger als im Vorjahr. In Städten wie Tübingen, Leipzig, Rostock, Oldenburg, Essen oder Fulda finden Studentinnen und Studenten nicht mehr so leicht eine Wohnung wie früher. Trotzdem ist die Situation noch besser als in den Metropolen: Am schwierigsten ist die Zimmersuche in München und Hamburg, am günstigsten das Wohnen in Cottbus. Hier zahlen Studierende für ein WG-Zimmer im Schnitt 208 Euro.

Meyer auf der Heyde rechnet nicht damit, dass sich die Situation in den kommenden Jahren entspannen wird: "Im Gegenteil gibt es einige Gründe, die dagegen sprechen." Deutschland sei für internationale Studierende ein hochattraktiver Studienort. Mit 358.000 jungen Menschen aus dem Ausland sei an den Hochschulen jetzt schon eine Zielmarke erreicht, die von der Kultusministerkonferenz für das Jahr 2020 ins Visier genommen worden war. Zudem nehme die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung kontinuierlich zu. "Und es gibt weniger Bachelor-Absolventen, die ohne Master in den Beruf einsteigen, als ursprünglich gedacht", sagt der DSW-Generalsekretär. Bleiben sie an der Uni, brauchen auch sie günstigen Wohnraum.

Eine Lösung für das Problem zu finden, ist gar nicht so einfach. Michael Müller (SPD), regierender Bürgermeister von Berlin, plant eine Bundesratsinitiative für eine deutliche Erhöhung der BAföG-Wohnpauschale. Aktuell liegt diese bei 250 Euro - unabhängig von der tatsächlich zu zahlenden Miete. Von einer solchen Erhöhung hält DSW-Generalsekretär Meyer auf der Heyde nicht viel: "Eine Erhöhung der Wohnpauschale ermuntert die Vermieter, die Mieten noch weiter zu erhöhen." Stattdessen müssten die Wohnungsmärkte durch Neubauten entlastet werden und Städte den Studentenwerken dafür Grundstücke zur Verfügung stellen. Aktuelle Zahlen zeigen: Wohnheimplätze werden dringend gebraucht. Allein in München stehen zurzeit 10.000 Nachwuchsakademiker auf der Warteliste für einen Wohnheimplatz. "Natürlich würden wir gerne bauen, aber auch für uns ist es schwierig, an Baugrund zu kommen",



Die Wohnungsnot ist für Studierende in Metropolen wie München, Hamburg oder Frankfurt am Main besonders groß. Viele Wohnungssuchende machen die Erfahrung, dass sie als Studentin oder Student nicht gern genommen werden.

sagt Julia Wölfle vom Münchner Studentenwerk. "Deshalb versuchen wir, bei bestehenden Wohnheimen zu prüfen, ob wir Raum für mehr Studierende schaffen können." Insgesamt bieten die Studentenwerke in Deutschland rund 192.000 Wohnheimplätze an. Etwa 9,6 Prozent der Studierenden können

somit in einem Studierendenwohnheim wohnen. Das sei nicht genug, sagt Meyer auf der Heyde: "Die Quote lag schon mal bei 14 Prozent."

Deutlich zugenommen hat dagegen die Zahl der privaten Investoren, die Zimmer für Studierende anbieten. Zwischen 2010 und 2016 hat sich die Zahl der Plätze laut DSW-Sozialerhebung von 12.000 auf 40.000 erhöht. Die Anbieter richten sich vor allem an Studentinnen und Studenten, denen es nichts ausmacht, tief in die Tasche zu greifen. Für Apartments zwischen 21 und 34 Quadratmeter werden nicht selten Preise zwischen 550 und 900 Euro fällig. Ein Teufelskreis, denn wenn die hippen, teuren Mikro-Apartments angenommen werden, könnte das auch andere Vermieter auf die Idee bringen, die Mieten zu erhöhen. Das wiederum hielte Kinder aus einkommensschwachen Familien noch häufiger davon ab, in eine Uni-Stadt zu ziehen. Denn auch das zeigt die Sozialerhebung: Ein Viertel der Studierenden, die noch zu Hause wohnen, stammt aus einer Familie mit niedrigem Bildungs- und damit oft auch Einkommensniveau.

Britta Mersch. freie Journalistin

Mehr Geld für die Hochschulen!

Die alte Forderung nach "guter Bildung" an Hochschulen ist mit Blick auf das deutsche Hochschulsystem so aktuell wie eh und je. Denn tatsächlich hat sich an der unzureichenden Studienfinanzierung, der geringen Durchlässigkeit des Bildungswesens sowie an unflexiblen und unterfinanzierten Studienstrukturen nicht viel geändert. Studierende sehen sich einer ganzen Reihe von Herausforderungen gegenüber, zu denen unter anderem Lohnarbeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes, aber auch Pflegetätigkeiten gehören können. Diese Lebensrealität passt nicht so recht in ein Hochschulsystem, das auf Leistungs- und Zeitdruck ausgerichtet ist. Dabei bleibt häufig nicht einmal die Muße, um sich mit dem bestehenden Spannungsfeld zwischen dem Ziel einer auf dem Arbeitsmarkt möglichst verwertbaren Qualifikation und den eigenen Interessen auseinanderzusetzen. Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) der GEW fordert daher ein Hochschulsystem, in dem die individuellen Bedürfnisse aller 2,8 Millionen Studierenden in den Blick genommen werden (DSW, WiSE 2016/2017)! Dazu gehören essenziell ein bedarfsgerechter BAföG-Satz und entsprechende Elternfreibeträge, mehr bezahlbarer Wohnraum und ein ausfinanziertes Hochschulwesen. Ein System, in dem alle unbeeindruckt von kapitalistischer Verwertungslogik lernen können und "Gute Bildung für alle" nicht nur eine leere Forderung bleibt. Katharina Lenuck, Sprecherin des BASS

Quellen: bit.ly/Studiwerke-Zahlen16-17, www.gew.de/studium/bafoeg/



Nicht lustig!

"Lustig ist das Studentenleben" - das ist eine überholte romantische Vorstellung. Für viele Studierende entpuppt sich die Alma Mater bolognese als Fortsetzung des G8-Traumas: proppenvolle Stundenpläne, Workload bis zum Anschlag, Bulimie-Lernen – die Module spielen verrückt! Paradox: Sollte Bologna ursprünglich die Mobilität im europäischen Hochschulraum fördern, scheitert diese Idee heute bereits beim Hochschulwechsel von Potsdam nach Berlin.

Zwei von drei Studierenden jobben - nicht nur in den Semesterferien, sondern auch während der Vorlesungszeit. Die staatliche Ausbildungsförderung droht zum Auslaufmodell zu werden: Nur jeder und jede Achte bezieht überhaupt noch BAföG. Selbst wer den Höchstsatz von derzeit 735 Euro erhält, kommt damit nur schwer über die Runden. Mit der Wohnpauschale in Höhe von 250 Euro lässt sich selbst in kleineren Hochschulstädten nur unter großen Schwierigkeiten eine Bude finden, ganz zu schweigen von München, Hamburg oder Frankfurt am Main.

Kein Wunder, dass heute zwar über die Hälfte eines Altersjahrgangs an die Hochschulen geht, Kinder aus Nichtakademikerfamilien es aber immer noch deutlich schwerer haben, ein Studium aufzunehmen und erfolgreich abzuschließen. Die erneute Debatte um Studiengebühren sorgt für zusätzliche Unsicherheit. In Baden-Württemberg werden seit diesem Wintersemester Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland zur Kasse gebeten – ein völlig falsches Signal in einer Zeit, in der Hochschulen mehr denn je ihre Weltoffenheit zeigen müssen. Schwierige Rahmenbedingungen setzen selbst hoch motivierten Dozentinnen und Dozenten Grenzen. Immer seltener steht ein angemessen besoldeter Lebenszeit-Professor oder gar eine Professorin im Hörsaal: Viel wahrscheinlicher ist, dass Studierende es mit teilzeitbeschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Kurzzeitverträgen zu tun haben oder mit Lehrbeauftragten, die für einen Appel und ein Ei lehren. Immer mehr Studierende kommen auf eine Lehrkraft - die Gruppengrößen wachsen, für individuelle Betreuung bleibt keine Zeit.

Bildung in der digitalen Welt, neue Lehr- und Lernmethoden, Drittmitteleinwerbung, Evaluation und Akkreditierung – die Lehrenden haben immer neue Herausforderungen zu schultern. Entsprechende Fortbildungsangebote gibt es nur sporadisch - und wenn, dann fehlen Lehrkräften, die mit einem Deputat von 14, 18 oder mehr Stunden "nebenbei" promovieren oder habilitieren sollen, häufig schlicht die Kapazitäten dafür. Höchste Zeit für eine Kehrtwende in der Hochschulpolitik! Gute Studien- und Arbeitsbedingungen gehören ganz nach oben auf die Agenda von Bund, Ländern und Hochschulen. Trotz Bildungsföderalismus: Auch die neue Bundesregierung kann die Weichen für eine bessere Hochschulbildung stellen. Statt von neuen Stipendienprogrammen zu schwadronieren, sollte sie das BAföG stärken: Eine kräftige Anhebung der Fördersätze und Freibeträge um mindestens 10 Prozent und die Umstellung auf einen Vollzuschuss sind überfällig. Die Länder müssen endlich die Studierbarkeit der Studiengänge sicherstellen und die Anerkennung von Studienleistungen und damit die Mobilität der Studierenden – garantieren.

Gute Bildung gibt es nur mit guten Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Lehrenden: Die Hochschulen müssen ihre Beschäftigten besser unterstützen und entlasten, ihnen faire Arbeitsbedingungen und verlässliche Karrierewege anbieten. Vor allem aber müssen Bund und Länder endlich die Weichen für eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen stellen, statt von Pakt zu Pakt zu taumeln.

Gemeinsam mit Lehrenden und Studierenden wird die Bildungsgewerkschaft GEW Ministerinnen und Senatoren, Rektorinnen und Präsidenten Beine machen. Organisiert euch, engagiert euch – wir können auch anders!

Andreas Keller,

GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung

Umstrittene Bildungsstandards

// Nach dem schlechten Abschneiden Deutschlands bei der ersten PISA-Studie 2001 wurden bundesweit Bildungsstandards eingeführt. Diese sollen die Bildungsqualität verbessern, Leistungen vergleichbar machen, Schülerinnen und Schülern zu mehr Kompetenzen und weniger Paukwissen verhelfen. Der Erfolg ist bis heute umstritten. //

Als im April dieses Jahres bekannt wurde, dass in Hamburg der Vorabitur-Notenschnitt in Mathematik bei 4,1 lag, schlugen rund 130 Professoren und Mathematiklehrkräfte Alarm. Das mathematische Vorwissen vieler Studienanfängerinnen und -anfänger reiche nicht mehr für ein Studium der Mathematik oder der Technik- und Naturwissenschaften aus, hieß es in einem offenen Brief an die Kultusministerkonferenz (KMK), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die Deutsche Mathematiker-Vereinigung (DMV) und das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Schuld an der Misere sei die Kompetenzorientierung im Schulunterricht. Die auf "kompetenzorientierte Standards" bezogenen Tests der Bildungsforscher, an denen sich mittlerweile auch der Mathematikunterricht orientiere, "prüfen unter dem Deckmantel ,Mathematik' lediglich Alltagswissen ab, ohne fachlich in die Tiefe zu gehen". So hätten die Aufgaben im Hamburger Vorabitur einen "teilweise absurd konstruierten Realitätsbezug" gehabt, der von den Schülerinnen und Schülern erst einmal hätte verstanden werden müssen, "um zum mathematischen Kern (der Aufgabe) vorzudringen".

Schwelender Konflikt

Mit dem "Brandbrief" der Mathematiker flammte ein seit gut 16 Jahren schwelender Konflikt unter Bildungsexperten neu auf. Eine der Konsequenzen aus dem schlechten Abschneiden Deutschlands bei der 2001 veröffentlichten ersten PISA-Studie war die Einführung von Bildungsstandards. Diese legen fest, welche Fähigkeiten und Kenntnisse in einer bestimmten Jahrgangsstufe in den Hauptfächern und den Fremdsprachen erreicht werden sollen. Durch die Vermittlung bestimmter Kompetenzen werden Schülerinnen und Schüler befähigt, die Bildungsstandards zu erreichen.

IQB-Direktorin Petra Stanat hält Bildungsstandards für unverzichtbar. Diese seien erforderlich, um eine Vergleichbarkeit von Anforderungen und Ergebnissen zu gewährleisten. Im Fremdsprachenunterricht habe sich die Kompetenzorientierung mittlerweile durchgesetzt, so Stanat. Trotz der "starken Kanonisierung" des Matheunterrichts sei ein kompetenzorientierter Unterricht aber auch in diesem Fach sinnvoll, entgegnete sie jüngst auf die Kritik der Mathematiker.

Die im offenen Brief geäußerte Kritik wird längst nicht von allen Mathedidaktikern geteilt. So sprach sich Wolfram Koepf vom Institut für Mathematik der Universität Kassel in der Debatte, die nach der Veröffentlichung des "Brandbriefs" eingesetzt hatte, klar für den an der Vermittlung von Kom-



Mathematikprofessoren schlugen in einem Brandbrief an die Kultusminister Alarm. Ihre Kritik: Das mathematische Vorwissen vieler Studierender reiche für ein Studium der Mathematik oder der Naturwissenschaften nicht mehr aus. Schuld an der Misere seien "kompetenzorientierte Standards". Damit flammte unter den Experten der alte Konflikt über Bildungsstandards neu auf.

petenzen orientierten Mathematikunterricht aus. Schlechte Schulleistungen wie die in Hamburg lägen eher am Stundenausfall in dem Fach. Außerdem müsse man berücksichtigen, dass heute viel mehr junge Menschen eines Jahrgangs Abitur machten und im Gymnasium die Vorbereitung auf mathematiklastige Studiengänge in Konkurrenz zur Vermittlung einer fundierten mathematischen Allgemeinbildung stehe. Wolfgang Böttcher vom Institut für Erziehungswissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster wiederum kritisierte das Niveau der Standards. "Die Aufgaben klingen oft anspruchsvoll, sind es aber nicht; sie erfordern oft nur die bloße Reproduktion der Aufgabenstellung." Durch ihre Outputorientierung begünstigten Bildungsstandards eine Ökonomisierung der Schulbildung. Auf einen anderen Aspekt machte GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann aufmerksam. Bei der Erarbeitung der Standards werde vom Gymnasialniveau aus gedacht. Es gebe kaum Forschungen dazu, wie beispielsweise mathematisches Verständnis im Förderschulbereich entwickelt werden könne. Eine Lanze für Bildungsstandards brach dagegen Martina Dietrich vom Hamburger Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ): Bildungsstandards seien eine "ungeheure Chance"; sie könnten "Mindestniveaus formulieren, die Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft sind".

Jürgen Amendt,
Redakteur "neues deutschland"



IQB: www.iqb.hu-berlin.de
IfBQ: www.hamburg.de/bsb/ifbq

Unterstützung statt Kontrolle

// Der im Oktober vorgestellte IQB-Bildungstrend 2016* ist für die Bildungspolitik ernüchternd ausgefallen. Laut der Studie haben sich die Leistungen der Grundschülerinnen und -schüler in Deutsch und Mathematik in den meisten Bundesländern verschlechtert (s. E&W 11/2017). //

Solche Hiobsbotschaften führen zu den immer gleichen Reflexen: Konservative beklagen das "Fehlen des Leistungsgedankens" und diffamieren reformpädagogische Ansätze als "Kuschelpädagogik". Einige Bildungspolitikerinnen und -politiker denken über verstärktes Bildungsmonitoring in ihrem Bundesland nach.

Aus Sicht der GEW sind dies keine angemessenen Reaktionen auf die Ergebnisse der neuesten Ausgabe der Ländervergleichsstudie Bildungstrend, die das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) für die Primarstufe alle fünf Jahre durchführt. Um die Ursachen der aktuell schlechteren Lernergebnisse zu erklären, ist es notwendig, sich die Lern- und Arbeitsbedingungen an den Grundschulen näher anzuschauen.

Lernen mit Lebensweltbezug

Die Grundschule - vor rund 100 Jahren gegründet - hatte von Anfang an mit dem Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Anspruch und Realität zu kämpfen. Sie war als Schule für alle gedacht und fühlte sich immer schon der Reformpädagogik verpflichtet. Im Unterschied zu weiterführenden Schulen setzte man hier auf ganzheitliches Lernen und Lebensweltbezug. Dies lässt sich sehr gut entwicklungspsychologisch begründen: Grundschülerinnen und -schüler sind eben keine kleinen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, sondern junge Kinder mit ganz spezifischen Entwicklungsbedürfnissen.

Dem Anspruch, Schule für alle Kinder zu sein, konnte die Grundschule nie ganz gerecht werden. Von Anfang an wurde die Schulform nicht in die Lage versetzt,



Sind bei der aktuellen IQB-Ländervergleichsstudie Bildungstrend die Leistungen der Viertklässler so schlecht ausgefallen, weil an den Grundschulen "Kuschelpädagogik" stattfindet? Reformpädagogische Ansätze so zu diffamieren, verkennt die Realität: Lehrkräftemangel sowie unzureichende Arbeits- und Rahmenbedingungen prägen den Schulalltag.

alle Kinder mit ihren ganz unterschiedlichen Lernvoraussetzungen gleichermaßen zu bilden. Zu große Klassen, fehlende Räume, eine unzureichende Lehrkräftebildung und fehlende Unterstützungssysteme führten von Beginn an dazu, dass Kinder aus Armutsverhältnissen verstärkt der sogenannten Hilfsschule (heute Förderschule Lernen) zugeführt wurden. Auch heute hat die Grundschule die widersprüchliche Aufgabe, einerseits allen Kindern die notwendige Grundbildung zu vermitteln und sie individuell in ihrem Lernen zu unterstützen, sie aber gleichzeitig auf die Separierung im gegliederten Schulsystem vorzubereiten.

Der Kernanspruch bleibt dessen ungeachtet, eine Schule für alle Kinder in ihrer ganzen Vielfalt zu sein. Die komplexer werdende soziale Realität und sich stetig verändernde Bedingungen des Aufwachsens von Kindern erfordern auch pädagogische, personelle und materielle Anpassungen. Armutserfahrungen, zu wenig Bewegung, verstärkter Medienkonsum, psychische Belastungen – Kindheit ist im Wandel, darauf muss die Grundschule reagieren können.

Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss Bezug auf die veränderte gesellschaftliche Realität sowie auf lern- und entwicklungspsychologische Grundlagen nehmen. Leider wurde das ganzheitliche und soziale Lernen in der Grundschule als "unwissenschaftlich" diskreditiert. "Evidenzbasierung" lautete das Zauberwort auch für die Grundschuldidaktik. Man setzte einseitig auf die Unterrichts- und Schulentwicklung auf der Grundlage von Testdaten.

Selbstverständlich sollte überprüft werden können, ob und welche Kompetenzen Kinder in der Grundschule erwerben – auch mit Testverfahren. Aber unter dem Label "Evidenz" kommt es nicht selten mittels unreflektiert eingesetzter Test- und Trainingsverfahren zu einer Verarmung der Schul- und Unterrichtskultur. Es besteht die Gefahr, dass ein umfassender, auf Demokratie und Persönlichkeitsentwicklung ausgerichteter Bildungsansatz zugunsten einer

reinen Lerntechnologie geschleift wird. Lernen findet in Beziehungen statt. Kinder, die wenig Unterstützung und Rückhalt in ihrem familiären Umfeld erfahren, brauchen in der Schule mehr Anleitung und Rückmeldung. Dies kann in großen Klassen nicht gelingen. So ist die in vielen Leistungsstudien immer wieder getroffene Feststellung, die Klassengröße sei nicht entscheidend für die Qualität des Lernens, nur die halbe Wahrheit.** Ein Kernproblem großer Lerngruppen ist, dass für die spezifischen pädagogischen Bedürfnisse der Kinder die Zeit fehlt. Um allen gerecht zu werden, brauchen Lehrkräfte mehr Zeit für jedes einzelne Kind.

Weiteres Problem: der immer größer werdende Lehrkräftemangel, gerade in der Grundschule. Es besteht die Gefahr, dass die Didaktik der Primarstufe als wichtige Grundlage der pädagogischen Arbeit in den Hintergrund gedrängt wird. Wir brauchen eine solide didaktische Weiterbildung der Quer- und Sei-

teneinsteiger, die den Umgang mit heterogenen Lerngruppen und inklusive Bildung im Blick hat. Eine Schmalspurfortbildung auf der Grundlage veralteter didaktischer Konzepte oder einer reinen Lerntechnologie geht in die falsche Richtung.

Alleingelassen

Viele Kollegien fühlen sich mit den zunehmenden sozialen Herausforderungen alleingelassen. Es fehlt ein nachhaltiges, verlässliches Unterstützungssystem, das Jugendhilfe, schulpsychologischen Dienst und Schule sinnvoll vernetzt. Es fehlen ausreichende personelle und strukturelle Ressourcen. Dass die Grundschule hier Probleme hat, hat der IQB-Bildungstrend bestätigt.

In dieser Situation die Qualitätsfrage allein mit verstärkten Kontrollen des Outputs zu verknüpfen, ist der falsche Weg. Die Grundschule muss endlich den Stellenwert bekommen, der ihr als Schule für alle zusteht. Sie braucht gut aus- und fortgebildete Fachkräfte, die gerecht bezahlt werden***, schulinterne Fortbildung zur Unterrichts- und Schulentwicklung, verlässliche Unterstützungssysteme zum Umgang mit schwierigen Erziehungssituationen und eine gute materielle und räumliche Ausstattung. Was sie nicht braucht: verstärktes Monitoring, dem keine Unterstützungsmaßnahmen folgen. Die GEW steht bereit, an einem gemeinsamen Programm einer echten Qualitätsverbesserung an den Grundschulen mitzuarbeiten!

Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied Schule

*IQB-Bildungstrend 2016: www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2016 **vgl. Matthias von Saldern: Klassengröße – über ein vernachlässigtes Merkmal, 2011 ***www.gew.de/ja13









Beamte sollen streiken dürfen!

// Am 17. Januar 2018 werden vor dem Bundesverfassungsgericht drei Fälle verhandelt, mit denen die Frage auf der Tagesordnung steht: Ist das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte noch rechtens? Denn es gibt einen Widerspruch zwischen internationalem, auch Deutschland bindenden Recht und der tradierten deutschen Rechtsprechung, die es Beamtinnen und Beamten verbietet zu streiken. //

Die GEW macht sich schon seit den 1970er-Jahren dafür stark, dass das Streikverbot für verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer fällt. (Fast) alle Aspekte, die für dieses Thema eine Rolle spielen, hat E&W für die Leserinnen und Leser in Form von "FAQ zum Beamtenstreikrecht" aufbereitet. Den Fragen- und Antwortkatalog sowie zusätzliche Informationen finden Sie auch auf der GEW-Website unter www.gew.de/faq-beamtenstreik. Weitere Infos hat E&W in der Ausgabe 7-8/2017, S. 38–41, veröffentlicht.

Dürfen Lehrerinnen und Lehrer sich frei zusammenschließen und streiken?

Beamtinnen und Beamte dürfen nicht streiken – diese konservative Rechtsauffassung herrscht unter Juristinnen und Juristen in Deutschland. In der Vergangenheit sind jedoch immer wieder auch verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer den Streikaufrufen der GEW gefolgt und haben Disziplinarmaßnahmen in Kauf genommen, etwa Verweise oder Missbilligungen, die nach einigen Jahren aus der Personalakte entfernt wurden. Um die mit internationalem Recht nicht mehr zu vereinbarende konservative Rechtsauffassung zu verändern, hat die GEW einzelne Kolleginnen und Kollegen unterstützt, wenn sie gegen die Disziplinarmaßnahmen klagen wollten – teilweise mit Erfolg!

Wie kommt es überhaupt zum Streik?

Am Anfang stehen Tarifverhandlungen. Sie beginnen damit, dass die Gewerkschaften ihre Forderungen beispielsweise nach einer Gehaltserhöhung oder Arbeitszeitverkürzung vortragen und vom Arbeitgeber dazu ein Angebot erwarten. Erst wenn dieses nicht kommt oder nicht akzeptabel ist und alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, greifen die Gewerkschaften zum Streik als ihrem letzten Druckmittel. Gerade weil die Dienstherren das Verhandeln auf Augenhöhe beharrlich verweigerten, sahen sich die Beschäftigten in der Vergangenheit zum Streiken genötigt, um ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Auch in Tarifauseinandersetzungen für die angestellten Lehrkräfte hat die GEW immer wieder bewiesen, dass sie mit dem Mittel des Streiks verantwortungsvoll umgeht. Erst wenn die Arbeitgeber sich in den Verhandlungen absolut nicht bewegt haben, hat die GEW zu Warnstreiks aufgerufen.

Mehr dazu in den Fragen und Antworten zum Thema Streik: www.gew.de/streik/.

Warum dürfen verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer nicht streiken?

"Wer verbeamtet ist, darf und muss nicht streiken" – diese Auffassung vertreten Juristinnen und Juristen in Deutschland bis heute. Diese Rechtsauslegung stützt sich auf Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes: "Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln."

Darin wird der Streik allerdings nicht verboten. Stattdessen werden "Grundsätze des Berufsbeamtentums" angeführt. Diese Grundsätze sind teils bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende Traditionen, die nie von einem Parlament beschlossen, sondern nur von Richtern und Rechtsgelehrten weiterentwickelt wurden. Sie ranken

sich häufig um altmodisch anmutende Begriffe wie "besondere Treuepflicht" oder "amtsangemessene Alimentation". Dahinter verbirgt sich die Fiktion, Beamtinnen und Beamte würden nicht für eine bestimmte Leistung, die sie zu erbringen haben, bezahlt, sondern zu Monatsanfang der Würde ihres Amtes entsprechend ausreichend alimentiert, um sich unabhängig und frei von Existenzsorgen ganz der Amtsführung hingeben zu können.

Nach Auffassung von GEW, DGB und ver.di verbieten diese Grundsätze den Streik nicht. Im Gegenteil: Das Beamtenrecht kann und muss reformiert und die Treuepflicht neu interpretiert werden. Dadurch wird der Status der Beamtinnen und Beamte aber nicht aufgegeben: An den Anforderungen wie Loyalität, dem vollen beruflichen Einsatz oder der unabhängigen Wahrnehmung der Amtspflichten ändert sich nichts und damit auch nicht am Status der Beamtinnen und Beamten.

Was ist das Beamtenstreikrecht?

Das Beamtenstreikrecht räumt auch Beamtinnen und Beamten das Menschenrecht ein, den Arbeitskampf als letztes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen einzusetzen. Die Gewerkschaften gehen – wie das Völkerrecht und das internationale Arbeitsrecht – davon aus, dass es ein Menschenrecht auf Kollektivverhandlungen zur fairen Aushandlung der Arbeitsbedingungen gibt. Das ist Teil der nicht verhandelbaren gewerkschaftlichen Grundüberzeugungen.

Was habe ich als Beamtin/Beamter vom Streikrecht?

Die Landesregierungen können die Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten einseitig diktieren. Dadurch haben Beamtinnen und Beamte in der Vergangenheit viele Einschnitte hinnehmen müssen wie Einschränkungen beim Urlaubsgeld oder Erhöhungen der Arbeitszeit. Diese einseitige Bevormundung der Länder hat dazu geführt, dass sich die Arbeitsverhältnisse von Beamtinnen und Beamten immer weiter von den Tarifverträgen abgekoppelt haben. Und zwar gerade weil diese nicht streiken dürfen und sich daher auch nicht wirksam wehren können. Auch die Besoldung verbeamteter Lehrerinnen und Lehrer hat sich seit der Föderalismusreform 2006 immer weiter von den Tariferhöhungen entfernt. Inzwischen gibt es große Unterschiede zwischen den Bundesländern, was die Besoldung von Lehrkräften angeht. Wenn Beamtinnen und Beamte das Recht auf Streik haben. können sie auch für ihre Interessen kämpfen und müssen das Diktat der Arbeitsbedingungen durch die Landesregierungen nicht länger hinnehmen.

Seit vielen Jahren wird die Bundesrepublik zudem von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wegen des "Beamtenstreikverbots" gerügt. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat bei seinem jüngsten Kongress 2013 zum wiederholten Mal dessen Abschaffung gefordert. Teil dieses Menschenrechts auf Kollektivverhandlungen ist das Recht, auch den Arbeitskampf als letztes Mittel anzuwenden.

Steht die GEW mit ihrer Forderung nach einem Beamtenstreikrecht in Deutschland alleine?

Nein. Seit Jahrzehnten kritisiert der DGBzum Beispiel in Kongressbeschlüssen oder in Stellungnahmen gegenüber der ILO -, dass den Beamtinnen und Beamten die vollen Koalitionsrechte vorenthalten werden. Dies zeigt sich auch in der gemeinsamen Stellungnahme von GEW, DGB und ver.di für das laufende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Darin machen die Gewerkschaften zunächst deutlich, dass nicht der Gesetzgeber die Kollisionslage zwischen dem nationalen und dem Völkerrecht auflösen muss. Das Bundesverfassungsgericht selbst ist befugt und verpflichtet, die Widerspruchsfreiheit herzustellen. Auch das Arbeitskampfrecht der Tarifbeschäftigten ist schließlich Richterrecht. Die von den Gerichten entwickelten Maßstäbe für die Verhältnismäßigkeit von Streiks gelten unabhängig vom Status der Streikenden. Vorschläge, die Beteiligungsrechte der Beamtinnen und Beamten zu erweitern, enden beim Letztentscheidungsrecht der Dienstherren, also der Exekutive oder des Parlaments. Diese Vorschläge lösen deshalb das Problem nicht, sondern würden das "kollektive Betteln" nur auf eine höhere Stufe heben.

Riskiert die GEW mit ihrer Klage den Beamtenstatus?

Nein. Trotz der Einschränkung der Verhandlungsrechte ist der Beamtenstatus bei vielen Menschen beliebt. Viele Vorteile des Beamtenstatus sind aber in den









Informationen, Ideen und Materialien für den Unterricht

Was geht? Was ist erlaubt? Und wer hat eigentlich Urheberrechte? Am Beispiel des Mediums Film vermittelt die Webseite urheberrechtliche Grundlagen anhand von Unterrichtsmodulen, Hintergrundtexten, Filmausschnitten sowie Interviews mit Fachexpert*innen und namenhaften Filmschaffenden – für Schüler*innen von der 3. bis zur 13. Klasse. Praxisnahe Fallbeispiele geben Lehrkräften zudem prägnante Antworten auf Fragen rund um die Wiedergabe von und Arbeit mit Filmen in der Schule.

www.wer-hat-urheberrecht.de

vergangenen Jahren gefallen. Die Arbeitszeit hat sich erhöht, die Besoldung wurde von den durch Streiks der Angestellten erkämpften Tariferhöhungen abgekoppelt, in vielen Ländern wurde das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen. Gerade weil Beamtinnen und Beamte sich nicht gegen das einseitige Diktat der Landesregierungen zur Wehr setzen können, verschlechterten sich ihre Arbeitsbedingungen. Erst mit dem Recht auf Streik werden verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer ihre Interessen stärker und besser vertreten können.

In Wahrheit wird das "besondere gegenseitige Dienst- und Treueverhältnis" seit Jahren durch die öffentlichen Arbeitgeber ausgehöhlt: Beamtinnen und Beamte arbeiten in börsennotierten Unternehmen, hoheitliche Aufgaben werden von privaten Sicherheitsfirmen erledigt, in Verwaltungen und Schulen machen angestellte und verbeamtete Kolleginnen und Kollegen nebeneinander die gleiche Arbeit. Die Arbeitgeber spalten die Belegschaft in Beamtinnen und Beamte (die nicht streiken dürfen) und Angestellte. Das schürt Missgunst zwischen den Beschäftigten und schwächt damit deren Durchsetzungskraft.

Die GEW macht sich dafür stark, die Spaltung zwischen Angestellten und Beamtinnen und Beamten aufzuheben, damit beide Beschäftigtengruppen ihre Interessen mit dem Mittel des Streiks durchsetzen können.

Was bedeutet der Beamtenstatus für die Arbeitgeber?

Für den Arbeitgeber, den "Dienstherrn", hat der Beamtenstatus viele Vorteile: Er kann qualifiziertes Personal binden, über Bezahlung und Arbeitszeit allein entscheiden und entzieht sich den Kosten der Sozialversicherung. Am Ende entscheidet deshalb im Kern immer das Finanzministerium, ob verbeamtet wird oder nicht. Wenn Lehrkräfte knapp sind, werden sie mit dem Beamtenstatus gelockt. Wenn es mal wieder zu viele Lehrkräfte geben sollte, wird man sich – Streikrecht hin oder her – wieder verstärkt der Vorteile des "hire and fire"-Prinzips befristeter Angestellter erinnern.

In vielen europäischen Ländern gibt es im öffentlichen Dienst besondere Beschäftigungsverhältnisse, die denen des deutschen Beamtenstatus ähnlich sind. Der Staat wie auch die Gesellschaft haben ein großes Interesse an qualifiziertem Personal und kontinuierlicher, zuverlässiger Erfüllung staatlicher Aufgaben. Das gewährleistet der Staat fast überall weniger durch Spitzengehälter als durch bessere soziale Absicherung. Doch kein anderer demokratischer Staat kommt auf die Idee, deshalb Grundrechte eines Teils seiner Beschäftigten außer Kraft zu setzen. Im Übrigen hat gerade die GEW in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie mit dem Instrument des Streiks durchaus verantwortungsvoll umgehen kann.

Werden die Bundesländer aufhören, Lehrkräfte zu verbeamten, wenn Beamtinnen und Beamte in Zukunft streiken dürfen?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass zwei Fragen für die Länder besonders wichtig sind, um zu entscheiden, ob Lehrkräfte verbeamtet werden oder nicht: Erstens: Ist genug Geld da? Zweitens: Herrscht Lehrkräftemangel? Sprich: Die Länder locken Lehrkräfte immer dann mit dem Beamtenstatus, wenn Lehrerinnen und Lehrer fehlen und genug Geld im Haushalt vorhanden ist. Fehlt das Geld und nicht die Lehrkräfte, zieht sich die Verbeamtung hin oder wird einfach ausgesetzt. An diesem Prinzip wird sich auch mit dem Streikrecht für Beamtinnen und Beamte nichts ändern. Wenn Länder händeringend Lehrkräfte suchen, werden sie versuchen, sie mit dem Beamtenstatus zu locken.

Welche Urteile gibt es bisher zum Beamtenstreikrecht und wie sind die Aussichten?

Tatsächlich kämpft die GEW bereits seit den 1970er-Jahren für das Beamtenstreikrecht. Auf dem Weg dorthin hat es immer wieder unterschiedliche Urteile gegeben. Besonders entscheidend sind aber zwei Urteile von 2009 und 2014: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) urteilte 2009, dass das Streikrecht und das Recht auf kollektive Vereinbarung der Arbeitsbedingungen Menschenrechte sind, die den Beschäftigten nicht einfach mit Verweis auf einen "Beamtenstatus" abgesprochen werden dürfen. Einschränkungen

des Streikrechts sind im internationalen Recht nur zulässig auf gesetzlicher Grundlage und ausschließlich dort, wo die Beschäftigten im engen Sinne hoheitlich tätig sind (Polizei, Justizvollzug und Streitkräfte) – dort wiederum unabhängig von der rechtlichen Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses.

2014 sah das Bundesverwaltungsgericht einen offensichtlichen Widerspruch zwischen dem für Deutschland bindenden internationalen Recht (Europäische Menschenrechtskonvention) und dem nationalen Verfassungsrecht. Das Bundesverwaltungsgericht vertritt die Auffassung, dass dieser Widerspruch nur durch den Gesetzgeber aufgelöst werden kann. Bis dahin allerdings gelte das Beamtenstreikverbot fort. Als sich die Bundesregierung Anfang 2015 erneut wegen des Beamtenstreikverbots vor der ILO rechtfertigen musste, zog sie sich darauf zurück, sie wolle dem Bundesverfassungsgericht nicht vorgreifen. Da Urteile des EGMR grundsätzlich auch auf die Bundesrepublik Deutschland angewendet werden, war das der richtige Zeitpunkt, das Beamtenstreikrecht gerichtlich überprüfen zu lassen. Dass Lehrkräfte nicht hoheitlich tätig sind, ist heute weitgehend unstrittig, daher sind die Aussichten auf einen Erfolg nicht schlecht. Genaue Vorhersagen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind dennoch nicht möglich.

Wann ist mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu rechnen?

Am 17. Januar 2018 werden vor dem Bundesverfassungsgericht ein Fall aus Nordrhein-Westfalen sowie zwei niedersächsische Fälle verbeamteter Lehrkräfte mündlich verhandelt. Ende September 2015 wurden – neben anderen Verbänden und Sachverständigen – die GEW, der DGB sowie ver.di vom Bundesverfassungsgericht zu einer Stellungnahme eingeladen.

Nach den mündlichen Verhandlungen im Januar 2018 kann es noch mehrere Monate dauern, bis das Urteil verkündet wird und noch einmal etwas länger, bis das Urteil schriftlich vorliegt.

Abteilungen Tarif- und Beamtenpolitik sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des GEW-Hauptvorstandes



"Unsere Demo-

kratie hält das

Streikrecht für

Beamte aus."

Beamtinnen und

DANIEL MERBITZ

Demokratie braucht Beamtenstreikrecht

Arbeiter und Angestellte – Beschäftigte – haben ein Recht auf Streik, das im Grundgesetz verbrieft ist. Für die Ergebnisse von Tarifrunden – mit und ohne Streiks – und deren Folgen für die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Tarifverhandlungen als

Form der Konsensfindung sind als Instrument der Wirtschafts- und Sozialpolitik anerkannt. Mit im internationalen Vergleich relativ wenigen Streiktagen unterstreichen Gewerkschaften und Beschäftigte ihre Forderungen, wenn es bei den Tarifverhandlungen klemmt. Oft geht es um Verbesserungen, gelegentlich aber auch darum, Verschlechterungen abzuwehren. Einer Arbeitnehmergruppe wird das Streikrecht bislang jedoch verwehrt: den Beamtinnen und Beamten. Die Folge: Sie können keine

Arbeitskämpfe führen, um ihre Interessen durchzusetzen. Solange es kein Streikrecht für Beamtinnen und Beamte an Schulen und Hochschulen gibt, sind Arbeitnehmer und Gewerkschaften gespalten und können nicht einheitlich handeln. Tarif- und Besoldungsrunden könnten mehr Schwung entfalten, wenn alle Beschäftigten gemeinsam aktiv sind. Wann wird dies wichtig? Beispielsweise bei der Frage: Wie können die Gewerkschaften durchsetzen, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zeit- und inhaltsgleich für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen übernommen werden. Seit der Föderalismusreform 2006 ist dies von der Kassenlage der Länder abhängig. Im Moment können die Gewerkschaften nur appellieren, Gespräche führen und Öffentlichkeitsarbeit machen. Wenn es gelingt, die Durchsetzungsfähigkeit der

Gewerkschaften durch das Streikrecht für Beamte zu stärken, seine Beamtinnen und Beamten. Wie dies mit dem Recht auf

> bundesweit gleiche Lebensverhältnisse zu vereinbaren ist, bleibt das Geheimnis der Sparpolitiker. Auch auf eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl oder ungerechte Besoldungsregelungen der Landesregierungen - so werden beispielsweise Lehrkräfte an Grundschulen mit A12 schlechter bezahlt als (fast) alle anderen voll ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer an anderen Schulformen - können Beamtinnen und Beamte bis heute nicht mit Streiks als Ultima Ratio reagieren.

Kritikern halte ich entgegen: Die GEW hat

das Instrument Streik in der Vergangenheit mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein eingesetzt. Es geht auch nicht darum, den Beamtenstatus abzuschaffen: Die GEW will ein Grundrecht durchsetzen, das den Beamtinnen und Beamten bisher verweigert wird. Dabei geht es um Demokratie und nicht zuletzt um Respekt. Unsere Position ist klar: Mehr Partizipation wagen. Wir brauchen das Streikrecht!

Im Januar 2018 hat das Bundesverfassungsgericht zur mündlichen Verhandlung über das Beamtenstreikverbot geladen. Ich bin der Auffassung: Unsere Demokratie hält das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte aus.

Daniel Merbitz,

GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik

steigen die Chancen, das Auseinanderdriften der Besoldung in den Ländern zu stoppen. Im Moment läuft der Hase doch so: Je ärmer ein Bundesland ist, desto schlechter bezahlt es

Erziehung und Wissenschaft | 12/2017

Rehabilitierung steht noch aus

// Berufsverbote sind nicht nur ein Skandal der 1970er-Jahre. Ein GEW-Kongress Ende Oktober in Kassel machte deutlich, dass dieses Kapitel keineswegs abgeschlossen ist. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach Rehabilitierung der Opfer. Und nach wissenschaftlicher Aufarbeitung (s. E&W 10/2017). //

Auch heute – angesichts des Rechtsrucks in der Gesellschaft und den damit einhergehenden Debatten über die Wiedereinführung einer Extremismusklausel – werde deutlich, dass die Auseinandersetzung mit den Berufsverboten als Teil "verdrängter Geschichte" eine wichtige Rolle spielt, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Um das Bewusstsein für die Gefahren zu schärfen, die die



GEW-Berufsverbote-Tagung in Kassel:
Silvia Gingold – selbst Betroffene –
kritisierte die Rolle des Verfassungsschutzes. Die ehemalige Lehrerin kämpft
seit vier Jahren vor Gericht dafür, dass
der Verfassungsschutz sie nicht mehr
beobachtet und alle Daten löscht.

Demokratie bedrohen, aber auch ganz konkret: "Mehrere Berufsverbotsfälle in der jüngeren Vergangenheit belegen, dass wir diese Debatte brauchen."
So berichtete der Kommunikationswissenschaftler Kerem Schamberger, wie der Verfassungsschutz (VS) im vergangenen Jahr seine Anstellung an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) behindert habe. Wie in Bayern üb-



Dominik Rigoll, Historiker aus Potsdam, stellte fest: "Die Betroffenenperspektive ist noch relativ unerforscht."

lich, musste der junge Wissenschaftler einen Fragebogen ausfüllen, um seine Verfassungstreue nachzuweisen. Der VS legte Fotos vor, die ihn auf Demonstrationen zeigten. Im Visier der Verfassungsschützer waren und sind unter anderem Schambergers Aktivitäten als Mitglied der DKP und als Unterstützer des Vereins "Rote Hilfe" sowie der "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes". Außerdem berichtet der Wissenschaftler regelmäßig kritisch über die Entwicklungen in der Türkei - insbesondere über Repressionen gegenüber Angehörigen der kurdischen Minderheit. Nach monatelanger Prüfung kam die Behörde zu dem Schluss, dass sein Engagement mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik "eigentlich" nicht zu vereinbaren sei. Breite Solidarität führte schließlich dazu, dass ihn die LMU dennoch als wissenschaftlichen Mitarbeiter anstellte.

Proteste helfen

Auch Silvia Gingold kritisierte während der Konferenz die Rolle des Verfassungsschutzes. Die Tochter kommunistischer Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime wurde in den 1970er-Jahren zeitweise aus dem Schuldienst entlassen, weil, so die Begründung, Zweifel an ihrer Verfassungstreue bestünden. Auch ihr half damals vor allem der nationale und internationale Protest, wieder eingestellt zu werden. Seit vier Jahren kämpft

die ehemalige Lehrerin nun vor Gericht dafür, dass der Verfassungsschutz sie nicht mehr beobachtet und alle Daten löscht. Bislang ohne Erfolg. Jüngst wies auch das Kasseler Verwaltungsgericht ihre Klage zurück. "Das Urteil atmet den Geist der Berufsverbotsurteile der 1970er-Jahre", kritisierte Gingold.

Der Historiker Dominik Rigoll vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam hob hervor, dass sich der Radikalenerlass 1972 auf einen Passus im öffentlichen Dienstrecht bezogen habe, der auch heute noch gilt. Darin heißt es: Beamtin oder Beamter werde nur, "wer die Gewähr dafür bietet, für die demokratische Grundordnung einzutreten". Mit dem Erlass legten die Innenminister fest, dass bei allen Bewerbern für den öffentlichen Dienst eine Auskunft des Inlandsgeheimdienstes einzuholen sei. Dies habe allein zwischen 1973 und 1978 zu rund 1,3 Millionen Regelanfragen geführt, so Rigoll. Insgesamt wurden 1.000 bis 2.000 Menschen rechtskräftig nicht eingestellt oder aus dem Staatsdienst entlassen. Als problematisch bezeichnete der Historiker, dass der Erlass teils bewusst der Einschüchterung diente. "Die Betroffenenperspektive ist noch relativ unerforscht", betonte Rigoll. Dass sich das dringend ändern muss, darin waren sich auf der Konferenz alle einig.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren selbst von Berufsverboten betrof-



Jutta Rübke, niedersächsische Landesbeauftragte für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Schicksale der Berufsverbote-Opfer, forderte, dass möglichst viele Bundesländer dem Beispiel Niedersachsens folgen sollten.

"Nie Lehrerin geworden"

"Bis heute muss ich mit dem Vorwurf zurechtkommen, dass ich eine Verfassungsfeindin bin. Das betrübt mich sehr. Nach dem Studium wurde ich nicht zum Referendariat zugelassen, unter anderem weil ich für den Spartakusbund ins StuPa (Studierenden-Parlament, Anm. d. Red.) gewählt wurde. Dabei war das ganz legal. Die Gruppe war nicht verboten. Ich habe mich politisch engagiert, das ist Demokratie. Ich bin nie Lehrerin geworden. Eine Rehabilitierung würde mir viel bedeuten."



Sabina Fischer-Hampel, 66 Jahre, Stuttgart

"Offizielle Entschuldigung wichtig"

"Auch wenn mein Berufsverbot fast 50 Jahre her ist, beschäftigt es mich bis heute sehr. Ich war Anfang 30, mein Sohn gerade geboren, als mein gesichertes Leben in sich zusammenbrach. Ich bin eigentlich sehr frohgemut, aber der Bruch stürzte mich in eine existenzielle Krise. Ich habe zwölf oder 13 Prozesse geführt – und konnte mich in den Schuldienst einklagen. Mir fehlen sechs Jahre Gehalt. Mir wäre wichtig, noch zu erleben, dass es eine offizielle Entschuldigung gibt."



Angelika Lehndorff-Felsko, 72 Jahre, Köln

"Materielle Wiedergutmachung"

"Wegen meines politischen Engagements – unter anderem in der DKP – durfte ich 1975 nicht Lehrerin werden. Dieses bittere Unrecht hat mein ganzes Leben geprägt. Als sich der niedersächsische Landtag offiziell bei uns entschuldigt hat, war das ein bewegender Moment. Es ist wichtig, dass das Beispiel auf andere Bundesländer ausstrahlt. Und es muss eine materielle Wiedergutmachung geben. Wir Betroffenen haben den Heinrich-Pfeil-Fonds gegründet, um Kolleginnen und Kollegen in Altersarmut etwas zu unterstützen."



Cornelia Booß-Ziegling, 69 Jahre, Hannover

"Aus allen Wolken gefallen"

"Ich bin aus allen Wolken gefallen, als ich nach dem Referendariat wegen meiner Antifa-Aktivitäten nicht zum Schuldienst zugelassen werden sollte. Mein Beispiel zeigt, dass ein Ende des Radikalenerlasses nicht in Sicht ist. Die Beamtengesetze dafür gelten noch immer. Die Berufsverbote haben auch eine ganz praktische Wirkung: In den 1970er-Jahren wollte fast jeder Linke gern Lehrer werden. Das hat sich durch die Berufsverbote geändert. (E&W berichtete kontinuierlich über den Fall.)



Michael Csaczkóczy, 47 Jahre, Heidelberg

fen. Sie betonten, wie wichtig ihnen eine Rehabilitierung sei. Als positives Beispiel wurde Niedersachsen angeführt. Dort hat sich der Landtag offiziell bei den Opfern entschuldigt und eine Landesbeauftragte für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Schicksale eingesetzt: Jutta Rübke. Sie berichtete, dass sie sämtliche Akten der Betroffenen sammelt und im Landesarchiv archiviert.

Viele Opfer meldeten sich von selbst und stellten ihre Unterlagen zur Verfügung. An die Akten des Verfassungsschutzes sei indes kein Rankommen. Rübke forderte, möglichst viele Länder sollten dem Beispiel Niedersachsens folgen. Sonst gingen die Akten verloren. "Wir müssen aus der Geschichte lernen", betonte die Landesbeauftragte. "Damit sich so etwas nicht wiederholt." Eine materielle Entschädigung der Opfer steht jedoch auch in Niedersachsen noch aus.

GEW-Vorsitzende Tepe forderte, auf die Landesregierungen und Landtage einzuwirken, "politische und juristische Fehlentscheidungen" im Zuge des Radikalenerlasses festzustellen - und Vorschläge für Rehabilitierungsmaßnahmen und Entschädigungsleistungen vorzulegen. Gleichzeitig kündigte Tepe eine GEW-interne Aufarbeitung an: Der Hauptvorstand werde eine "Kommission zur Rehabilitierung von Betroffenen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse" einrichten. Die GEW-Vorsitzende betonte zudem, dass die gewerkschaftliche Solidarität nicht nur den in Deutschland von Berufsverboten Betroffenen gelte. Die Bildungsgewerkschaft kritisiere auch auf internationaler Ebene jegliche staatliche Repression gegen oppositionelle demokratische Kräfte. So solidarisiere sich die GEW mit allen türkischen Kolleginnen und Kollegen, die aktuell massive Angriffe gegen ihre Freiheitsrechte erlebten, Verhaftungen und Entlassungen erlitten. David Salomon, Sozialwissenschaftler an der Universität Hildesheim, betonte, Berufsverbote seien ein wichtiges Thema für die politische Bildung. Zumal dieses Kapitel auch eine Widerstandsgeschichte sei. Darin stecke die wichtige Botschaft, "dass man sich nicht alles gefallen lassen darf".

Kathrin Hedtke, freie Journalistin

Bildung muss besser finanziert werden

// Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat die GEW die Initiative "Bildung. Weiter denken!" ins Leben gerufen, um sich für mehr Geld für Bildung einzusetzen – als

Voraussetzung für unsere bildungspolitischen Forderungen. Wie weit sind wir auf dem Weg zu einer besseren Bildungsfinanzierung bislang gekommen? Und wie geht es weiter? //

Die Ausgangslage: Bund und Länder haben ihr 2008 in Dresden gegebenes Versprechen, eine "Bildungsrepublik" zu schaffen und dafür bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung bereitzustellen, nicht gehalten. "Der Zustand des Bildungswesens steht der Bedeutung der Bildung, die immer wieder gerne in Sonntagsreden beschworen wird, diametral entgegen", moniert die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. "Das gilt für Quantität und Qualität der Bildungsangebote und -einrichtungen ebenso wie für deren Finanzierung. Deshalb braucht Deutschland mehr und bessere Bildungsangebote für alle Menschen!" Mit der Initiative "Bildung. Weiter denken!" geht die GEW wortwörtlich und im übertragenen Sinne für eine solche Veränderung auf die Straße.

Ein Kurswechsel in der Bildungspolitik und in der Finanzierung des Bildungswesens ist der große "Nordstern" der Initiative. Auf dieses Ziel arbeitet die GEW gemeinschaftlich, kontinuierlich und koordiniert hin. Durch viele Interviews und Hintergrundgespräche, pressewirksame Termine und den von der GEW angestoßenen Appell für mehr Geld für Bildung – getragen durch ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaf-

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder hatten sich 2008 in Dresden ein hohes Ziel gesteckt: die "Bildungsrepublik". Davon sind wir noch weit entfernt. Deutschland braucht mehr und bessere Bildungsangebote für alle Menschen. Dafür macht sich die GEW-Initiative "Bildung. Weiter denken!" weiterhin stark.

ten – war das Thema Bildung im vergangenen Jahr in der öffentlichen Debatte sehr präsent. Bestimmte Aspekte wie marode Gebäude oder Lehrkräftemangel fanden besonders großen Widerhall. Jetzt verzeichnen wir erste Erfolge: In einigen Bundesländern konnten etwa Verbesserungen bei der Bezahlung von Pädagoginnen und Pädagogen sowie zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit durchgesetzt und Stellenstreichungen verhindert werden. Besonders viel passiert vor Ort in den Aktionszeiträumen. Dann gibt es in den Landesverbänden Aktionen zu einem bestimmten Schwerpunktthema - bislang zu "JA13! Weil Grundschullehrerinnen es verdienen", "Gute Arbeit - gute Bildung" und zum Themenbereich "Inklusion/ Integration". Aber auch während der Bildungsmesse didacta, bei den Veranstaltungen zum 1. Mai oder beim GEW-Gewerkschaftstag im Mai wurde die

Initiative bundesweit sichtbar (s. E&W 6/2017). Die Bildungsgewerkschaft arbeitet in Bündnissen mit und versucht so, gesellschaftlichen Druck auch gemeinsam mit anderen Organisationen zu entfalten.

Immer wieder muss der bildungspolitische Aspekt der Initiative - die Frage, was gute Bildung ausmacht - mit dem finanz- und steuerpolitischen verknüpft werden, der verdeutlicht, wie die Finanzierung zu realisieren ist. Denn oft behaupten die politisch Verantwortlichen, es fehle an Geld, um wichtige Bildungsvorhaben zu finanzieren. Daher haben wir ausgerechnet, was unsere Vorstellungen von guter Bildung kosten. Und mit einem eigenen Steuerkonzept hat die GEW aufgezeigt, wie mehr Geld in die Kassen der Bundes-, Landes- und Kommunalhaushalte fließen kann. "Diese Maßnahmen bringen jährlich fast 74 Milliarden Euro

zusätzlich in die öffentlichen Kassen", betont Tepe.

Nun ist Bildung – und damit verbunden auch ihre Finanzierung - ein komplizierter Politikbereich. Vieles wird auf Länderebene entschieden und ist daher von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt. Aber auch Bund und Kommunen haben ihren Anteil. Die Bildungsfinanzierung zu verbessern, setzt voraus, alle Ebenen und ihr Zusammenspiel im Blick zu haben.

Die Bundestagswahl im September war ein wichtiger erster Meilenstein für die Initiative - die Aktivitäten konzentrierten sich in der ersten Phase daher stark auf die Bundesebene. Schon seit langem fordert die GEW die komplette Aufhebung des Kooperationsverbots. So wäre es dem Bund möglich, Länder und Kommunen in der Bildung dauerhaft finanziell zu unterstützen. In politischen Gesprächen mit Parteien sowie einzelnen Politikerinnen und Politikern haben wir dies immer wieder eingefordert. Überzeugende Argumente aus der Praxis hat die GEW-Vorsitzende gesammelt. Ihre Tour "GEW in Bildung unterwegs" führte sie in Bildungseinrichtungen (fast) aller Bundesländer. Hier machte sie sich ein Bild vom Status quo der Arbeitsbedingungen, der Ausstattung und der Bedarfe vor Ort.

Es geht weiter

Obwohl das Thema Bildungsfinanzierung als "dickes Brett" bekannt ist, das es zu bohren gilt, hatte sich die GEW zunächst entschieden, die Initiative "Bildung. Weiter denken!" zeitlich zu begrenzen - bis Ende 2017. Dann sollte nach einer Evaluation des bisherigen Verlaufs entschieden werden, ob und wie die Initiative weitergeführt wird. Der Beschluss ist jetzt gefasst: Es soll weitergehen! Das entspricht auch der Auffassung des Gewerkschaftstages, dass das GEW-Engagement für eine bessere Bildungsfinanzierung "eine ihrer grundlegenden Aufgaben" sei. Nun heißt es: Ausdauer beweisen.

Die Wahlprogramme der Parteien lassen allerdings befürchten, dass wir für die Umsetzung wichtiger Bausteine für eine bessere Bildungsfinanzierung noch weiter kämpfen müssen. Die Vorhaben der künftigen Bundesregierung werden wir kritisch begleiten. Gleichzeitig verschiebt sich der Fokus der Initiative stärker auf Länderebene. Dort geht es darum, bei zentralen Weichenstellungen in der Bildungsfinanzierung kontinuierlich Überzeugungsarbeit zu leisten. Das wird Aufgabe der Initiative innerhalb der GEW

Johanna Thumm.

Referentin der GEW-Initiative "Bildung, Weiter denken!", GEW-Hauptvorstand Matthias Heidn.

Koordinator der GEW-Initiative "Bildung. Weiter denken!"

www.gew.de/weiter-denken/



NOCH KEIN GESCHENK? KEIN PROBLEM! EIN JAHR EMMA PLUS **BUCHGESCHENK** FÜR NUR 45 EURO!

ODER

DER KLASSIKER über die Ursachen und Folgen von Pornografie.





DIE AUTOBIOGRAFIE von Alice Schwarzer. Vom ersten Tag bis zur ersten EMMA.



Gefährliche Orte



// Geflüchtete Kinder und Jugendliche verbringen oft viele Monate in Übergangsunterkünften. Zugang zu Bildung, psychosoziale Unterstützung und eine sichere, kindgerechte Umgebung werden ihnen dort nur eingeschränkt gewährt. //

Daniels* Zuhause ist ein ehemaliges Hotelzimmer im Osten Hamburgs. Seit anderthalb Jahren lebt der Siebenjährige mit seinen Eltern Freidoun und Feresha Halimi in Nummer 316. Hier schlafen, kochen und essen sie, hier lernt Freidoun Deutsch, und Daniel erledigt seine Hausaufgaben. Auf dem Ehebett sind drei Kopfkissen drapiert. Daneben, im Kinderbettchen, liegt Fardin, der im Sommer zur Welt kam.

Wenn Daniel ganz nah am Fenster steht, kann er draußen die älteren Jungen beobachten. Mit ihnen spielen darf er nicht. Es gebe "viel Streit", erzählt sein Vater. "Man hört Wörter, die Kinder in seinem Alter nicht kennen sollten." Oben bei den Eltern sei er sicher. Es sei schwer, sagt Halimi, in einer Umgebung wie dieser Kinder zu erziehen. Die Eltern möchten, dass Daniel zur Schule geht, lernt, vielleicht sogar studiert. "Wer Bildung hat, zettelt keinen Krieg an."

Die Halimis sind vor zwei Jahren vor Krieg und Zerstörung in ihrer afghanischen Heimat nach Deutschland geflohen. Doch ob sie hier eine Zukunft haben, ist ungewiss. Immerhin besitzen sie eine Aufenthaltserlaubnis für zunächst ein Jahr und damit die Möglichkeit, eine eigene Wohnung zu beziehen – wenn sie eine finden würden. Zunächst bleibt nur das kleine Zimmer im ehemaligen Hotel. An die Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung erinnert sich Daniel nur zu gut: an die Warteschlange vor der Essensausgabe, wo es häufig zu Handgreiflichkeiten kam, und an die verdreckten Duschen. Wenn er oder seine Mutter abends auf die Toilette mussten, begleitete der Vater sie dorthin - aus Sorge um ihre Sicherheit.

Um den Hunderttausenden geflüchteten Kindern und deren Eltern einen Schlafplatz zu bieten, stampften Länder und Kommunen im Jahr 2015 Sammelunterkünfte aus dem Boden. Dafür räumten und mieteten sie. was im eigenen Bestand möglich oder auf dem Markt zu haben war: Kasernen und Turnhallen, Bürogebäude, Container und Zelte, sogar leerstehende Baumärkte. Als Notlösung geplant, wurde vieles zur Dauereinrichtung. Als "nicht kindgerecht" kritisiert das Kinderhilfswerk UNICEF in der Studie "Kindheit im Wartezustand"** vom März 2017 die Lebensbedingungen in den Unterkünften. "Mangelnde Privatsphäre und fehlende Rückzugsorte" führten dazu, dass "Familien Angst vor Konflikten haben und Kinder keine Ruhe zum Lernen und Spielen finden", so die Verfasser. Die hygienischen Bedingungen seien häufig problematisch, Sanitäranlagen würden von vielen Personen benutzt und seien teilweise nicht abschließbar. Die Autoren bezeichnen die Unterkünfte als "Risiko für die persönliche Sicherheit".

Allerdings unterscheiden sich die Unterbringungsbedingungen bundesweit enorm – abhängig von Ort und Art der Einrichtung, vom Zeitpunkt der Einreise nach Deutschland, von Herkunftsland und Bleibeperspektive. Beispielsweise sind in Hamburg und einigen weiteren Bundesländern alle geflüchteten Kinder vom ersten Tag an schulpflichtig. In sieben Bundesländern sind sie jedoch in den Erstaufnahmeeinrichtungen von der Schulpflicht ausgenommen. Besonders problematisch sind diese Regelungen für Kinder aus sogenannten sicheren Herkunftsländern, weil sie bis zu ihrer Ausreise in den Einrichtungen wohnen bleiben (s. E&W 5/2017).

"Die Situation widerspricht den von der EU vorgegebenen Standards für Flüchtlingslager und missachtet die UN-Kinderrechtskonvention", konstatiert Ursula Enders, Leiterin der Kölner Beratungsstelle Zartbitter, die im Jahr 2016 die Lebenssituation von Kindern in Gemeinschaftsunterkünften ausgewertet und eine Arbeitshilfe zum Thema entwickelt hat.*** So werde auf die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern keine Rücksicht genommen. "Häufig gibt es keine oder zu wenig Spielräume, unzureichende Freizeitangebote und keine Hilfen für traumatisierte Kinder und Jugendliche zur Verarbeitung der Kriegs- und Fluchterfahrungen", so Enders. Würde ein deutsches Kind unter derartigen Bedingungen leben, "müssten Jugendämter wegen Kindesvernachlässigung tätig werden". Einige Jugendämter ignorierten jedoch diese Form der "strukturellen Gewalt": Gemeinschaftsunterkünfte unterliegen nicht den Vorgaben der Kinder- und Jugendhilfe.

"Schutzlos ausgeliefert"

Mehr noch: In den Sammelunterkünften erlebten Kinder "körperliche, psychische und sexuelle Gewalt von Erwachsenen und Kindern, aber auch von Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen", stellt Enders fest. Immer wieder seien



sie beispielsweise den Schikanen des Sicherheitsdienstes ausgesetzt. Zudem komme es an Abenden und Wochenenden, außerhalb der Arbeitszeiten des Heimpersonals, häufiger zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Erwachsenen. Dem seien die Kinder meist "schutzlos ausgeliefert". Nur in wenigen Gemeinschaftsunterkünften gebe es Schutzräume, in die sie sich zurückziehen könnten. All das erinnert Enders "an die Berichte von Frauen und Männern, die in den 1950er- und 1960er-Jahren in Heimen untergebracht waren und dort missbraucht sowie körperlich und psychisch misshandelt wurden".

Die Missbrauchsfälle in Flüchtlingsunterkünften haben auch den Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, alarmiert. Er könne "nicht hinnehmen, dass beim Kinderschutz weggeschaut wird. Flüchtlingsunterkünfte sind aus Sicht des Kindeswohls sehr gefährliche, ungeeignete Orte". Er fordert ein Gesetz, das bundesweite Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte vorschreibt. Damit wären "die Länder verpflichtet, die Schutzstandards zu gewährleisten, und die Träger der Einrichtungen, diese zu entwickeln und zum gelebten Alltag zu machen". Einen entsprechenden Paragrafen im Asylgesetz zu verankern, ist bisher am Widerstand der Länder gescheitert. Zurzeit hängt er als Teil der Reform des SGB VIII (Sozialgesetzbuch) im Bundesrat.

Modellprojekt

Solche Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte haben UNICEF und Bundesfamilienministerium bereits entwickelt. In einem Modellprojekt unterstützen sie in ausgesuchten Einrichtungen deren Umsetzung, so auch in der Göttinger Gemeinschaftsunterkunft Nonnenstieg. Dort finanziert das Ministerium die Stelle der Gewaltschutzkoordinatorin Conny Hiller. Begleitet von UNICEF hat sie mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Gewaltschutzkonzept erarbeitet und umgesetzt, Notfallketten aufgebaut und ein Beschwerdemanagement eingerichtet. Für die Kinder veranstaltet sie Kurse zur Prävention sexuellen Missbrauchs und zu behutsamer Sexualaufklärung. Auf Info-Abenden werden Männer zum Thema Geschlechterrollen und Gesetze

fortgebildet. Hiller sieht die Einrichtung nun "in der Lage, schnell auf Alarmzeichen reagieren zu können". So habe sie innerhalb kurzer Zeit ein attraktives Sommerferienprogramm auf die Beine gestellt, um die Jugendlichen in einer problematischen Phase nicht sich selbst zu überlassen. "Wenn wir jetzt nicht in die Unterstützung der Kinder und ihrer Familien investieren, wird es die Gesellschaft später ein Vielfaches kosten". sagt Hiller.

Dennoch wird diese Modellunterkunft voraussichtlich im August nächsten Jahres geschlossen – der Mietvertrag läuft aus, und der Investor möchte das Grundstück lukrativer nutzen. Auch in Zeiten sinkender Flüchtlingszahlen scheint die Qualität der Einrichtungen erneut nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. "Leider werden nicht als erstes sämtliche Provisorien geschlossen", so eine UNICEF-Sprecherin. "Im Gegenteil: Einige verfestigen sich." Sicher habe sich etliches verbessert. "Doch noch immer fällt die Kinderperspektive durch das Raster."

Michaela Ludwig. freie Journalistin



UNICEF-Studie "Kindheit im Wartezustand": www.unicef.de/informieren/ materialien/kindheit-im-wartezustandfluechtlingskinderstudie/137018 *Zartbitter-Arbeitshilfe "Flüchtlingskinder vor Gewalt schützen": www.zartbitter.de/gegen sexuellen missbrauch/downloads/PDF_Grafiken/ Fluechtlingskinder_Unterkuenfte_ Gewalt.pdf

Die Bedingungen, unter denen geflüchtete Familien untergebracht sind, unterscheiden sich bundesweit enorm. Das Kinderhilfswerk UNICEF und das Bundesfamilienministerium haben deshalb Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte entwickelt. In einem Modellproiekt unterstützen sie in ausgesuchten Einrichtungen deren Umsetzung, wie hier in der Göttinger Gemeinschaftsunterkunft Nonnenstieg.



32 LÄNDERS ERIE FACHKRÄ





Bildung am Küchentisch

// Zum Auftakt der Länderserie zum Fachkräftemangel (s. Schwerpunkt E&W 11/2017) schaut E&W nach Sachsen-Anhalt. Hier sind Lehrkräfte Mangelware. Schulen schicken Kinder nach Hause, Eltern protestieren auf Marktplätzen, und eine Volksinitiative erobert den Landtag. Die GEW fordert die Landesregierung auf, ihre Zahlenspiele zu beenden und endlich zu handeln. //

Auf dem historischen Marktplatz in Wernigerode bauen Eltern und Kinder an einem Montagnachmittag im Oktober Tische und Stühle auf, sie holen Hefte und Bücher aus den Taschen und beginnen unter freiem Himmel mit dem Unterricht. Zwar haben sie eine Menge Spaß dabei, aber sie sind auch stinksauer. "Lehrermangel – Bildung am Küchentisch" steht auf Transparenten vor den Fachwerkgebäuden. Die Familien, die auf dem harten Harzer Granit demonstrativ Schule spielen, wünschen sich mehr Lehrkräfte für ihre Schulen.

Schülerinnen und Schüler des Gerhart-Hauptmann-Gymnasiums der Stadt, das eigentlich für seinen hohen Anspruch bekannt ist, berichten, sie hätten nur drei von fünf Stunden Mathe pro Woche. Biologie, Geografie oder Chemie fielen ständig aus. "Wir finden es doof, wenn wir den ganzen Unterricht verpassen, weil wir dann zu Hause alles nacharbeiten müssen", sagt ein Sechstklässler. Schon im März hatte die Francke-Grundschule in Wernigerode wegen akuten Lehrermangels eine Woche schließen müssen; sieben von elf Pädagogen waren krank.

Wernigerode ist nur eines von vielen Beispielen in Sachsen-Anhalt. Während das Bildungsministerium in Magdeburg von einer fast hundertprozentigen Unterrichtsversorgung spricht, mehren sich landesweit Fälle, in denen der Schulbetrieb beinahe zusammenbricht. Immer wieder berichten empörte Eltern von außergewöhnlichen Schulausfällen: An einer Grundschule im Harz betreuten zeitweise wegen Krankheit und Schwangerschaft nur noch drei

Lehrkräfte 72 Kinder. Auch an mehreren Grundschulen in Halle ist Notunterricht bekannt: Dann werden Stundenpläne zur Makulatur, Fachunterricht findet kaum mehr statt, in zusammengelegten Klassen sitzen mehr als 40 Kinder. Aus einer Grundschule kursiert ein Brief an die Eltern, in dem es heißt: "Wir möchten Sie bitten, wenn möglich, Ihr Kind bis auf Widerruf zu Hause zu betreuen." Gründe seien ein hoher Krankenstand und "eine generelle Unterversorgung mit Unterrichtsstunden". Eine Sekundarschule bei Halle soll sich zeitweise nur von Tag zu Tag gehangelt haben, Zehntklässlern sei zur Vorbereitung auf ihre Prüfungen das Selbststudium vorgeschlagen worden. Und von einer Förderschule in Köthen wird eine Unterrichtsversorgung von nur 67 Prozent gemeldet - seit Schuljahresbeginn.

Auf der Internetseite der Volksinitiative "Den Mangel beenden", an der sich die GEW beteiligt, gibt es fast täglich neue anonyme Einträge über Missstände wie regelhafte Stundenausfälle, reduzierte Wochenstunden und verzwei-



felte Schulleitungen. Es ist ein Teufelskreis: Eine zu dünne Personaldecke und Krankheitsfälle führen zur Überlastung des übrigen Kollegiums, zu mehr Ausfällen – und weiteren Krankheitsfällen.

Schönfärberei

GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth nimmt kein Blatt vor den Mund. Sie sagt: "Wir bräuchten aktuell in Sachsen-

Eltern und Kinder protestierten im Herbst gegen den Lehrkräftemangel in Wernigerode im Harz: Die Schülerinnen und Schüler des Gerhart-Hauptmann-Gymnasiums stellten Tische und Stühle auf dem historischen Marktplatz auf, packten Hefte und Stifte aus, los ging es mit dem ungewöhnlichen Unterricht im Freien. Aus Spaß? Nein, alle sind "stinksauer". Denn es fehlen an den Schulen Sachsen-Anhalts an allen Ecken und Enden Lehrkräfte.

Anhalt mindestens 700 Lehrerinnen und Lehrer mehr, um eine volle Unterrichtsversorgung abzudecken und auf eine vernünftige Vertretungsreserve zu kommen." Um das in den vergangenen Schuljahren entstandene Personaldefizit zu beseitigen, wären sogar 1.000 Lehrerinnen und Lehrer nötig. Ausgebildete Lehrkräfte gebe es noch auf dem Arbeitsmarkt. Dennoch, so Gerth, würden etliche Bewerberinnen und Bewerber wieder weggeschickt, statt sie umgehend einzustellen. Von 370 freien Stellen zu Schuljahresbeginn seien 100 nicht besetzt worden. "Wenn das Land für gute Bildung einsteht, muss es bei der Personalplanung sofort und spürbar nachlegen." Die Vorschläge der GEW lauten: offene Ausschreibungen freier Stellen ohne Fächer-Eingrenzung, Einstellung aller Bewerberinnen und Bewerber mit einer Lehramtsausbildung, massiver Ausbau der Studienkapazitäten, flexiblere Lehramtsstudiengänge, um Abbrecherquoten zu senken, und



MALTA - die Sonneninsel im Mittelmeer Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

Diverse Termine in den Ferien — 8-tägige Flugreise



Kulturelle Schätze, malerische Fischerdörfer, wunderschöne Naturlandschaften und tiefblaues Meer – Malta begeistert seine Besucher! Freuen Sie sich auf die Hauptstadt Valletta, die heute zum Weltkulturerbe der UNESCO zählt, unternehmen Sie einen Ausflug in die "drei alten Städte" Vittoriosa, Senglea und Cospicua. Besuchen Sie die historische Stadt Mdina mit ihrer außergewöhnlichen Mischung aus mittelalterlicher und barocker Architektur. Unternehmen Sie einen Ausflug nach Gozo – Maltas Schwesterinsel. Hier stehen u.a. die malerischen Buchten von Xlendi und Marsalforn, die 5.000 Jahre alte Tempelanlage Ggantija, die Höhle der Calypso und Gozos Naturwunder Fungus-Rock sowie Inland-Sea auf dem Programm.



ab € 660,p. P. im Doppelzimmer

Das beinhaltet unsere Reise

- Flug mit Air Malta inkl. Steuern und Gebühren
- Transfer Flughafen Hotel Flughafen
- Flughafenassistenz bei Ankunft/Abflug Malta
- 7 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel
- 7 x Frühstücks-Büfett
- Halbtagesausflug Mdina, Rabat und Mosta inkl. Mdina Kathedrale und Museum
- Ganztagesausflug Cottonera und Valletta inkl. St. John's Co-Cathedral und Malta Experience
- Ganztagesausflug Gozo inkl. Ggantija Tempel
- Hafenrundfahrt
- Ganztagesausflug in den Süden der Insel, inkl. Blaue Grotte und Marsaxlokk
- qualifizierte deutschsprachige Reiseführung während der Ausflüge
- deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort
- Sicherungsschein

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen Informationen und Buchung 196768-0



Zögern ist fatal

"Auch wenn das Bildungsministerium von fast 100 Prozent Unterrichtsversorgung spricht – die Realität in Sachsen-Anhalts Schulen sieht anders aus: Der Bedarf an Lehrkräften ist schon jetzt nicht gedeckt, Mehrbedarfe für Inklusion und Digitalisierung werden ignoriert. Die Folge: Viele Kolleginnen und Kollegen sind ausgebrannt, der Krankenstand steigt und wird immer alarmierender. Zuerst gehen damit Förderunterricht, Inklusion und andere pädagogische Angebote den Bach runter, dann die reguläre Unterrichtsversorgung. Die Lage wird sich wegen der hohen Abgangsraten weiter verschlechtern. Wenn die Landesregierung für gute Bildung einsteht, muss



Eva Gerth, GEW-Vorsitzende Sachsen-Anhalt

sie bei der Personalplanung sofort und spürbar nachlegen, statt Zahlenspiele zu betreiben. Schulen wie auch Kitas und Hochschulen benötigen dringend mehr Personal. Jedes Zögern, Zaudern und Zurückweichen ist fatal für die Qualität der Bildung in unserem Land."

eine bessere Betreuung und Qualifizierung von Seiteneinsteigern – bis hin zur Lehramtsausbildung. Außerdem, so Gerth, müsse der Lehrerberuf endlich besser bezahlt werden, um ihn für Nachwuchs attraktiver zu machen.

"Die Lehrkräfte wünschen sich nichts mehr, als zuverlässig für die Schülerinnen und Schüler da zu sein und in Ruhe planen zu können", sagt die GEW-Landeschefin. Doch das Gegenteil sei oft der Fall. An manchen Schulen werde der Unterricht planmäßig gekürzt, Fächer wie Physik und Musik würden auf das nächste Halbjahr verschoben, um den Unterricht vorerst statistisch abzudecken. Zudem sei der Berechnungsfaktor für die schülerbezogenen Stundenzuweisungen schlicht abgesenkt worden, um Stellen zu sparen - vor allem an Grund- und Sekundarschulen. Offiziell habe die Schullandschaft auf diese Weise zwar 99 Prozent Unterrichtsversorgung. "Aber wir gehen davon aus, dass es landesweit nur etwa 95 Prozent sind", sagt Gerth. Darüber hinaus gebe es keine amtliche Statistik zum Krankenstand - obwohl durchschnittlich 6 bis 10 Prozent aller Lehrkräfte aus gesundheitlichen Gründen ausfallen. "Das Ministerium lügt sich mit Zahlenspielereien und Schönfärberei selbst in die Tasche", sagt Gerth. "Währenddessen sinkt die Arbeitszufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen dramatisch."

Was derzeit in Sachsen-Anhalt passiert, ist – so scheint es – erst der Anfang: In den nächsten 15 Jahren gehen jährlich etwa 800 Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand. "Auch dafür hat das Land nicht vorgesorgt", sagt Gerth. Dabei seien die Probleme hinlänglich bekannt. Selbst eine Expertengruppe der Landesregierung habe errechnet, dass in den kommenden Jahren lediglich die Hälfte des tatsächlichen Lehrkräftebedarfs ausgebildet wird. In den nächsten fünf Jahren sei nur mit etwa 1.700 Absolventen zu rechnen – gebraucht würden aber 3.500 neue Lehrerinnen und Leh-

Zahlen

An den 763 öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt arbeiten aktuell rund 13,500 Lehrerinnen und Lehrer. Sie unterrichten 176.000 Schülerinnen und Schüler, 1.800 mehr als im vorigen Schuljahr. An 146 der 763 Schulen konnten schon am ersten Schultag keine 100 Prozent Unterrichtsversorgung sichergestellt werden. Künftig gehen etwa 800 Kolleginnen und Kollegen jährlich altersbedingt in den Ruhestand. Bereits jetzt gibt es mehrere Hundert nicht besetzte Stellen. Die offiziell gemeldete Unterrichtsversorgung liegt nur noch bei knapp 100 Prozent

rer. "Damit ist eine weitere Verschärfung des künftigen Mangels programmiert", erklärt die GEW-Landesvorsitzende. "Allein diese Erkenntnis dürfte den Minister nicht ruhig schlafen lassen."

"Schulwesen brennt"

Der Landtag in Magdeburg ist ein Prunkbau mit bürgerlich-barocker Fassade aus den 1720er-Jahren. Ende Oktober fand hier eine historische Parlamentssitzung statt. Am Morgen wurde der Antrag der Volksinitiative "Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!" behandelt. Die Initiatoren, darunter auch die GEW, hatten Zigtausende Unterschriften für zusätzlich 1.000 Lehrkräfte und 400 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulen des Landes gesammelt, um das in den letzten vier Schuljahren entstandene Personaldefizit zu beseitigen. "Das Schulwesen brennt", rief Landeselternrat Thomas Jaeger in den Plenarsaal. "Wir brauchen schnelle Lösungen." Bildungsminister Marco Tullner (CDU) sagte, er wolle die Probleme nicht kleinreden: "Wir haben einen Bedarf." Die Forderungen der Volksinitiative seien zwar "plakativ und etwas unrealistisch", die Ziele jedoch die gleichen. Das Ministerium habe nach Jahren der Sparpolitik eine Trendwende eingeleitet: Die Zahl der Vollzeitstellen solle von knapp 14.000 auf mindestens 14.500 steigen. Dazu seien die Einstellungsverfahren flexibilisiert, die Studienkapazitäten erhöht und die Ausschreibungen regionalisiert worden. Man wolle das System zudem für Seiten- und Quereinsteiger öffnen. Allerdings werde es immer schwieriger, in bestimmten Regionen und in bestimmten Fächern geeignete Bewerber zu finden, ergänzte Tullners Sprecher Stefan Thurmann. Die beschriebenen Notsituationen seien allerdings nur temporäre Probleme an einzelnen Schulen - und keine dauerhaften Erscheinungen.

Für Mike Litschko sieht der Schulalltag in Sachsen-Anhalt ganz anders aus. Er ist GEW-Kreisvorsitzender im Harz und Lehrer an einer Grundschule in Schwanebeck. "Mit den von der Schulverwaltung zugewiesenen Stunden kann man eine Grundschule mit verlässlichen Öffnungszeiten nicht mehr gewährleis-

ten", so Litschko. "Viele Standorte stehen kurz davor, Unterricht ausfallen zu lassen, um die Aufsicht zu gewährleisten." Aufsichtszeiten gehörten zudem in Sachsen-Anhalt zur Dienstpflicht, aber nicht zur Dienstzeit. Da kämen schnell mehr als 90 zusätzliche Minuten in der Woche zusammen. "Wer unter diesen Bedingungen arbeitet, kommt schnell an seine Kraftreserven - und dann in den Krankenstand", sagt der Grundschullehrer. "Wir stellen schließlich selbst Anforderungen an uns und unsere Arbeit. Daran zerbrechen wir aber zurzeit."

Sven Heitkamp, freier Journalist

Kitas am Limit

Frank Wolters, GEW-Gewerkschaftssekretär für Jugendhilfe und Sozialarbeit in Sachsen-Anhalt, über den Mangel an Erzieherinnen und Erziehern

E&W: Alle reden vom Lehrermangel. Wie sieht es in den Kitas aus?

Frank Wolters: Auch in den Kitas mangelt es deutlich an Fachkräften. Nach einer wissenschaftlichen Evaluation sind von den 17.500 Erzieherinnen und Erziehern in unseren Einrichtungen 20 Prozent wegen Krankheit, Urlaub und Weiterbildungen nicht bei den Kindern. Doch für diese Lücke ist kaum Vorsorge vorhanden. Ohnehin ist der Personal-



Frank Wolters, GEW-Gewerkschaftssekretär für Jugendhilfe und Sozialarbeit in Sachsen-Anhalt

schlüssel für den Bildungsauftrag, den die Kitas erfüllen sollen und wollen, viel zu gering. Daher fordern wir als GEW schon lange Verbesserungen.

E&W: Wie macht sich der Mangel bemerkbar?

Wolters: Die Gruppen werden immer größer – auf Kosten der Erzieherinnen und der Kinder. Viele Beschäftigte arbeiten am Limit. Mit zehn Kleinstkindern in einer Krippe können sie keinen Bildungsauftrag mehr erfüllen. Eltern beschweren sich zunehmend über diese Defizite.

E&W: Besteht Aussicht auf Entspannung?

Wolters: Im Gegenteil! Wir sehen in Halle, Magdeburg und Dessau, dass freie Stellen nicht mehr besetzt werden können. Die Fachschulen bilden dafür gar nicht genügend Leute aus. Eine vollzeitschulische Ausbildung von fünf Jahren, für die es keine Entgelte gibt und die an privaten Schulen sogar bezahlt werden muss, ist einfach zu teuer. Daher fordern wird dringend Reformen. Der Mangel dürfte sich durch enorme Altersabgänge noch erheblich verschärfen. 30 Prozent der Kolleginnen und Kollegen sind derzeit älter als 55 Jahre. Damit laufen wir Gefahr, dass in wenigen Jahren Tausende Fachkräfte fehlen, wenn wir nicht bei der Ausbildung umsteuern.

E&W: Was sind die Gründe für diese Misere?

Wolters: Die Ursachen sind ähnlich wie bei den Lehrkräften: In Zeiten von Personalüberhängen und düsteren Bevölkerungsprognosen hat die Politik Stellen und Ausbildungskapazitäten abgebaut, aber nicht frühzeitig umgesteuert, als sich der Wind drehte. Diese rigide Sparpolitik fällt uns heute schwer auf die Füße. Jetzt muss die Politik kreative Lösungen finden und deutlich investieren.

Interview: Sven Heitkamp, freier Journalist



AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE



- * Depressionen
- * Angststörungen
- * Chronische Schmerzen
- * Traumafolgestörungen
- * Burnout
- * Lebenskrisen
- * Hochfrequente Therapien
- * Herzlichkeit und Mitgefühl
- * Individualität in familiärem Kreise
- * 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

88339 Bad Waldsee 07524990222 (auch am Wochenende) www.akutklinik.de





STAMM Verlag Ostern in Dresden Die Matthäus-Passion Verlagsreisen in der Frauenkirche

30.03. - 02.04.2018 - 4-tägige Musikreise



Ostern in Dresden Musikstadt mit Weltruhm

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen Informationen und Buchung 2 0521 / 96768-0

"Schule ist behindert!"

// "Ich wäre gerne fünf geblieben, dann hätte ich nicht diesen Scheißstress an der Backe", sagt die Gesamtschülerin Samira. Die Elfjährige ist eine der Protagonistinnen des Films "Schule Schule – Die Zeit nach Berg Fidel", der Fortsetzung der Inklusions-Doku von 2011 (s. E&W 11/2012). //

Der Optimismus ist vorbei. Erzählte Hella Wenders Dokumentation "Berg Fidel – Eine Schule für alle" im Jahr 2011 noch

von gelingender Inklusion an einer

Grundschule in Münster, zeichnet die Fortsetzung ein ernüchterndes Bild. Für "Schule Schule – Die Zeit nach Berg Fidel" hat Wenders ihre Protagonistinnen und Protagonisten von damals erneut begleitet und zeigt, was aus David, Jakob, Anita und Samira an weiterführenden Schulen ohne Inklusion wurde. Zwar kommentiert und wertet die Filmemacherin nicht explizit eine klare Stellungnahme ist ihr Film, der seit Ende September im Kino läuft, trotzdem.

Kurze Rückschau: Drei Jahre filmte Wenders vor 2011 den Alltag in der Grundschule Berg Fidel*, in der Kinder mit und ohne Handicap, aus deutschen und Migrantenfamilien, Unterund Mittelschicht gemeinsam lernen. Die Bilder und Interviews zeichnen ein Idyll: Alle scheinen wie selbstverständlich in die Gemeinschaft integriert zu sein. Der in

Mathematik und Musik extrem begabte David, der eloquent formuliert und Astronom werden will. Sein Bruder Jakob, der das Down-Syndrom hat, und andere Kinder bei schlechten Noten gut trösten kann. Und Anita aus dem Kosovo, deren Familie die Abschiebung droht.

Vertrautes Verhältnis

Bei den Vorführungen von "Berg Fidel – Eine Schule für alle" sei sie immer wieder gefragt worden: "Und wie geht es den Kindern jetzt?", sagt Wenders. Sechs Jahre später habe sie die Teenager daher erneut ein Schuljahr lang in Schule und Freizeit begleitet. Am vertrauten Verhältnis zwischen ihr und den Jugendlichen hat sich nichts geändert, die Interviews sind offen, die Kamera scheinbar unsichtbar. Wie in der ersten Dokumentation sind es die Aussagen der Schülerinnen und

Schüler, die den Film tragen und lenken. Erwachsene sowie pädagogische Erklärungen kommen kaum vor.

Doch was Wenders nun in "Schule Schule – Die Zeit nach Berg Fidel" zeigt und regelmäßig mit Rückblenden in die Zeit ihres ersten Films kombiniert, schmerzt fast ein wenig. Der sehund hörbeeinträchtigte David hatte in seinem Abschlusszeugnis der weiterführenden Montessori-Schule zwar acht Einsen, wird von Gymnasien jedoch abgelehnt. Jakob muss seinen

Wunsch, Gärtner zu werden, wohl begraben: Kein Betrieb ermöglicht ihm ein Schulpraktikum. Anita schafft auf einer Förderschule zwar ihren Hauptschulabschluss, bekommt aber keinen Ausbildungsplatz und landet Vollzeit bei Burger King. Und Samira, für die Anschluss und Gemeinschaft das Wichtigste sind, muss in eine andere Klasse als ihre Freundinnen wechseln.

Von dem, was auf der inklusiven Grundschule - die inzwischen als Modellschule Primus Kinder bis zur 10. Klasse begleitet – vielversprechend begann, ist nicht viel übrig geblieben. Der Gedanke, der Zuschauerinnen und Zuschauer beim Abspann wohl begleiten wird, ist: Inklusion ist nur zielführend, wenn sie konsequent umgesetzt wird. Im Bildungssystem ist dies jedoch weiterhin noch nicht angekommen - wie auch die GEW kritisiert.

In einer der letzten Kameraeinstellungen sind die uf einer Kirmes, aus dem Riesenrad blickt Samira

Teenager auf einer Kirmes, aus dem Riesenrad blickt Samira auf die Welt unter sich und schreit: "Schule ist behindert!" Doch die Stärke des Films, aus der Perspektive der jungen Menschen zu erzählen, ist zugleich seine kleine Schwäche. An vielen Stellen bleibt offen, woran es letztlich tatsächlich hakt und wie sich Lehrkräfte dazu positionieren. Die 1977 in Münster geborene Wenders, Nichte des Regisseurs Wim Wenders, muss sich zudem den Vorwurf gefallen lassen, nicht unparteisch gewesen zu sein: Ihre Mutter ist Lehrerin an Berg Fidel.

Nadine Emmerich, freie Journalistin



*Grundschule Berg Fidel: www.ggs-bergfidel.de

Hilfe für Geflüchtete

// Die GEW hilft verfolgten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern – überall auf der Welt. //

Sie kommen allein oder mit Familie, auf legalen Wegen oder mit Hilfe von Schleppern: türkische Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die vor dem Regime von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan fliehen und in Deutschland Asyl beantragen. In ihrer Heimat sehen sie keine Perspektive mehr für sich. Aus dem Staatsdienst entlassen, mit Berufsverbot belegt und mit Gefängnisstrafen bedroht haben sie sich zur Flucht in eine ungewisse Zukunft entschlossen. Der Heinrich Rodenstein Fonds der GEW unterstützt aktuell rund 30 geflüchtete Lehrkräfte. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie deren Familienmitglieder bei ihren Asylverfahren in Deutschland. Wir finanzieren Rechtsanwälte und helfen den Kolleginnen und Kollegen, sich in Deutschland zurechtzufinden. Dabei sind wir auf Spenden angewiesen.



Menschen auf der Flucht suchen eine neue Perspektive sie brauchen unsere Hilfe.

Spendenkonto:

Heinrich Rodenstein Fonds Landesbank Hessen-Thüringen IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24

BIC: HELADEFF

Stichwort: Hilfe für Geflüchtete



Wenn Menschen durch große Katastrophen in Not geraten, helfen wir. Gemeinsam, schnell und koordiniert. Schon ab 5€ im Monat werden Sie Förderer. Ihre regelmäßige Spende ermöglicht unsere weltweite Hilfe für Menschen in Not.

Deutscher Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30 • Jetzt Förderer werden: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de























"Mangelnde Anerkennung

// Lehrkräfte, die an Deutschen Auslandsschulen unterrichten, müssen besser vorbereitet, ihre Erfahrungen nach der Rückkehr stärker genutzt werden. Das forderten Fachleute, die an einer wissenschaftlichen Tagung von GEW und Universität Erlangen-Nürnberg teilnahmen. //

"Sie kommen zu zweit in die Schule", berichtete eine Lehrerin. "Vorne läuft die Schülerin, dahinter die Nanny, die die Schultasche trägt." An dieser Deutschen Auslandsschule (DAS) in Südamerika gehe es "höchst elitär" zu, fasste Professorin Jutta Mägdefrau von der Universität Passau zusammen. Auf derlei Alltagsbedingungen würden deutsche Lehrkräfte nicht ausreichend vorbereitet, betonte die Erziehungswissenschaftlerin während der Tagung "Deutsche Auslandsschulen und interkulturelle Sozialisation". Im Rahmen einer Stichprobe hatte Mägdefrau 350 Lehrerinnen und Lehrer an DAS per Skype interviewt. Ergebnis: "Wir haben 10 Prozent hochbelastete Kolleginnen und Kollegen draußen." 60 Prozent aller Befragten hätten bereits daran gedacht, ihren Auslandseinsatz abzubrechen. Als Gründe nannte Mägdefrau Probleme mit der Schulleitung, "fehlende Aufstiegsmöglichkeiten" und "materielle Fragen". Die Hochschullehrerin kritisierte, dass es nur "wenig gesichertes Wissen" über Deutsche Auslandsschulen gebe. Offen seien Fragen wie: "Findet eine interkulturelle Begegnung als Ziel der Auslandsschule tatsächlich statt?" Wichtig sei zudem: "Welche Faktoren haben einen Einfluss auf das Gelingen einer Lehrerentsendung?" Und wie ergehe es den Auslandslehrkräften nach der Rückkehr? Viele beklagten eine "mangelnde Anerkennung des Geleisteten". Oft hätten sie das Gefühl, "den Anschluss in Deutschland verloren zu haben".

Kompetenzen nutzen

Dies steht im Widerspruch zu dem, was die Kultusministerkonferenz (KMK) bereits 2001 als "Erwartungen" an die Rückkehrer definiert hat. Daran erinnerte Professor Anatoli Rakhkochkine, Bildungsforscher an der Uni Erlangen-

Nürnberg. Laut KMK hätten die Lehrkräfte im Ausland Kompetenzen erworben, um Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu unterrichten. Rückkehrer sollten zudem internationale Schulkontakte und Unterrichtsprojekte initijeren oder Austauschschüler auf ihren Auslandsaufenthalt vorbereiten. Laut Rakhkochkine sind diese Kompetenzen oft jedoch nur gefragt, "wenn die Schule ein internationales Profil hat" und beispielsweise Europa-Projekte realisiere. Fehlt dieses Profil, werden Erfahrungen und Kenntnisse der ehemaligen Auslandslehrkräfte häufig nicht genutzt.

Gleichzeitig wächst die Bedeutung internationaler Schulen und internationaler Bildungsabschlüsse. Das erläuterte Professorin Sabine Hornberg von der Universität Dortmund am Beispiel des "International Baccalaureate" (IB), einem Abschluss, der von Hochschulen in vielen Ländern als Zugangsberechtigung anerkannt wird. 1990 gab es weltweit weniger als 500 IB-Schulen, 2016 waren es bereits 4.428. Überraschender Befund: "Die staatlichen Schulen, die diesen Abschluss anbieten, haben die privaten zahlenmäßig überholt."



des Geleisteten"

Auch in Deutschland, so Hornberg, werde das IB nicht nur von privaten "International Schools" angeboten. Auch 25 staatliche Schulen machten inzwischen mit, vor allem Gymnasien. Welche Vorteile das IB bringe, wollte die Dortmunder Professorin von den 25 staatlichen Schulen wissen. 14 antworteten. Der IB-Unterricht fördere beispielsweise "Internationalität" und "interkulturelles Lernen". Allerdings seien für den IB-Abschluss zusätzliche Kosten zu tragen. Hornung berichtete, dass an fünf Schulen der Förderverein oder eine Stiftung finanzielle Unterstützung leisteten. An zwei Schulen gibt es Zuschüsse von der Kommune oder dem Bundesland. Doch an sieben Schulen zahlen allein die Eltern. "Haben wir es mit einer neuen sozialen Elite zu tun, die sich im staatlichen Bildungssystem etabliert?", fragte Hornberg. Dies gelte es zu untersuchen.

Wirtschaft profitiert

Was leisten Deutsche Auslandsschulen, um die deutsche Wirtschaft mit Fachkräften zu versorgen? Damit beschäftigt sich eine Studie, die Albrecht Wolfmeyer vom Weltverband Deutscher Auslandsschulen (WDA) vorstellte. Der WDA vertritt die Trägervereine von 118 Auslandsschulen. Laut Studie, die gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung entstand, gewinnen drei Seiten – ein "Triple Win" also: die Einheimischen, so Wolfmeyer, "weil sie mit dem deutschen Abschluss eine tolle Bildung bekommen". Die Herkunftsländer, weil die Absolventen dazu beitrügen, den

Ausgezeichnete Inklusionsprojekte

Das Auswärtige Amt (AA) ehrte im Juni 2017 acht innovative Projekte, die an Deutschen Auslandsschulen realisiert wurden. Die Deutsche Schule Barcelona erhielt einen 1. Preis (10.000 Euro) für ihr Inklusionskonzept. Alle sechs Wochen trifft sich an der Schule die "Entwicklungsgruppe Inklusion", bestehend aus Lehrkräften, Erzieherinnen, Eltern und Mitgliedern des schulpsychologischen Beratungsteams. Diese erarbeiten Vorschläge, um Schülerinnen und Schüler mit mentaler, sozialer oder körperlicher Beeinträchtigung, aber auch Hochbegabte möglichst gut zu integrieren. Gemeinsam entwickelten Eltern, Schüler und Lehrerschaft einen Leitfaden für inklusives Arbeiten. "Mit Systematik und Konsequenz werden die Lernvoraussetzungen erfasst und individuell zugeschnittene Förderpläne entwickelt", lobte das AA. Gegründet 1894, lernen heute an der Deutschen Schule Barcelona 1.600 Mädchen und Jungen.

Die Deutsche Schule Managua freute sich über einen 2. Preis (5.000 Euro), ebenfalls für ihre Inklusionsarbeit. Das "Panee-Programm" der Schule in der nicaraguanischen Hauptstadt, gestartet 2010, zielt darauf, die Diversität der Schülerschaft stärker in den Blick zu rücken. Der Berliner Rapper "Graf Fidi", selbst körperbehindert, leitete im März 2016 einen fünftägigen Workshop an der Schule. Die Kinder und Jugendlichen komponierten Rap-Songs zum Thema Zusammenleben und Respekt. "Mit einem Kurzfilm über erfolgreiche Maßnahmen wird auch in anderen Schulen für Inklusion geworben", hob das AA hervor. Die Deutsche Schule Managua wurde 1967 gegründet und hat rund 850 Schülerinnen und Schüler.

dortigen Lebensstandard zu erhöhen. Und Deutschland gewinne als Einwanderungsland. Beispiel Asien: 72 Prozent der Absolventinnen und Absolventen einer dortigen DAS entscheiden sich laut Studie, in Deutschland eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen. Wer als DAS-Absolvent in Deutschland studiert, wähle vor allem Technik oder Ingenieurwissenschaften. "Nach Studium oder Berufsausbildung in Deutschland bleibt jeder dritte Auslandsschulabsolvent in der Bundesrepublik", heißt es in der Studie weiter. Damit das so

bleibt, haben WDA und Stiftung "Handlungsempfehlungen" formuliert. Dazu zählt, die Visavergabe zu vereinfachen. Auf Widerspruch bei WDA und Bertelsmann Stiftung stößt dagegen, dass Baden-Württemberg Studiengebühren für Menschen aus Nicht-EU-Staaten eingeführt hat, NRW verfolgt ähnliche Pläne. Wolfmeyer betonte: "Dass sich Deutschland hier unattraktiv macht, darf nicht passieren."

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

Auslandsschulen in 72 Ländern

Ob Moskau oder Riad, Sao Paulo oder Hongkong – die jeweilige Deutsche Auslandsschule (DAS) unterrichtet nach deutschem Lehrplan. Derzeit gibt es 140 DAS in 72 Ländern. Hier lernen 82.000 Schülerinnen und Schüler – nicht nur Kinder von deutschen Diplomaten oder Managern, sondern auch einheimische Mädchen und Jungen. Organisiert sind DAS meist als Schulen in freier Trägerschaft. Es unterrichten über 2.000 aus Deutschland vermittelte Lehrkräfte, dazu 6.900 "Ortslehrkräfte". Das Auswärtige Amt (AA) zahlte 2016 insgesamt 246 Millionen Euro für DAS und andere "Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit im schulischen Bereich". Hinzu kamen 47,9 Millionen Euro für Schulgebäude. M. H.-L.

GEW-Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer (AGAL): www.gew.de/agal Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA): www.bva.bund.de/DE/Organisation/ Abteilungen/Abteilung_ZfA/DieZfA/ node.html Weltverband Deutscher Auslandsschulen (WDA): www.auslandsschulnetz.de

Faire Weihnachten!

// Ob Weihnachtsbaum, Schoko-Nikolaus, Smartphone oder Schmuck – vieles, was wir an Weihnachten verschenken oder verzehren, ist auch ein Produkt von Kinderarbeit oder wird unter schlechten, teils lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen hergestellt. Wer mit gutem Gewissen einkaufen und schenken möchte, hat faire Alternativen. //

Weihnachtsstern

Rund 40 Millionen Christsterne werden jedes Jahr bundesweit verkauft, viele davon zu Dumpingpreisen im Superund Baumarkt. Geerntet werden die Setzlinge für den Export überwiegend in Guatemala, El Salvador, Uganda oder Äthiopien. Die Arbeiterinnen und Arbeiter dort bekommen nur Saisonverträge, sie müssen häufig Chemikalien ohne

Schutzkleidung versprühen, dürfen keine Gewerkschaften bilden. Dies berichtet die Christliche Initiative Romero e. V. Faire Alternativen: Weihnachtssterne mit dem Fairtrade-Siegel gibt es etwa bei Kaufland, Rewe, Penny, Edeka, Toom und Knauber, Bio-Weihnachtsterne aus Deutschland etwa bei Dehner.

Weihnachtsbaum

Jedes Jahr werden im Advent bundesweit 45 Millionen Tannenbäume verkauft. Über 90 Prozent der Tannensamen für die westeuropäische Weihnachtsbaumproduktion stammen aus Georgien. Doch die Pflücker der Samen – allesamt Saisonarbeiter, darunter viele Minderjährige, die zur Erntezeit im Herbst keine Schule besuchen – bekommen umgerechnet 15 bis 60 Cent pro Kilo geernteter Zapfen. Dabei ist der Job sehr gefährlich: Die Pflücker müssen bis

zu 60 Meter hohe Bäume erklimmen – mangels Geld oft ohne Gurte, gute Seile oder Helme. Es kommt immer wieder zu tödlichen Unfällen.

Faire Alternative: Nordmanntannen der dänischen Baumschule Bols Forstplanteskole gibt es beim Baumarkt Hellweg, eine erweiterte Händlerliste unter: www.fairtrees.de. Fair Trees ist Mitglied der World Fair Trade Organization. Die Pflücker erhalten 1,60 Euro pro Kilo Zapfen, Sicherheitskurse und Equipment sowie eine Arbeits- und Gesundheitsversicherung für die Familie.

Schokolade

In Westafrika sollen immer weniger Kinder im Kakaoanbau arbeiten – das versprechen Konzerne und Regierungen seit vielen Jahren. Doch eine Studie der Tulane University in New Orleans (USA) von Ende 2015 belegt: Die Zahl



der arbeitenden Kinder ist sogar gestiegen. Laut der Kampagne "Aktiv gegen Kinderarbeit" sind die meisten gerade einmal fünf bis 14 Jahre alt, kaum eines von ihnen geht zur Schule.

Faire Alternativen: Fair gehandelte Schokolade mit dem Fairtrade-Siegel, von Gepa, dwp, El Puente, Ethiquable gibt es unter anderem im Supermarkt (auch Discounter), Bio-und Weltladen. Infos: https://de.makechocolatefair.org

Nüsse

"Apfel, Nuss und Mandelkern essen fromme Kinder gern", sagt Theodor Storms Knecht Ruprecht – leider stecken in ihnen häufig Ausbeutung und Kinderarbeit. Etwa in der Türkei, dem größten Lieferanten von Haselnüssen: Hier ernten Minderjährige, oft Kinder kurdischer Wanderarbeiter und syrischer Flüchtlinge, die Nüsse an steilen Hängen, wie auch die GEW seit langem kritisiert. Weltweit leiden Nusssammler unter niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und fehlenden Verarbeitungsanlagen.

Faire Alternative: Nüsse aus fairem Handel mit dem Fairtrade-Siegel im Supermarkt sowie im Weltladen, von dwp, El Puente, Gepa und Rapunzel.

Schmuck und Kunsthandwerk

Unter welchen Bedingungen der Rohstoff für die Goldkette oder den Silberreif beschafft oder verarbeitet wurde. ist für viele Schenkende kein Thema. Doch für Edelmetalle werden Menschen ausgebeutet, wird ihre Natur zerstört. Im bolivianischen Potosí wühlen Kinderarbeiter in Gestein, um Silber zu gewinnen; ihre Lebenserwartung liegt bei weniger als 40 Jahren. In Peru hat die Goldwäsche zahlreiche Flüsse mit Quecksilber und Zyanid verseucht. Laut Human Rights Watch schuften mehr als 20.000 Kinder in Kleinminen in Mali, dem drittgrößten afrikanischen Goldproduzenten. Weiterverarbeitet wird das Gold überwiegend in China und Indien – unter teils katastrophalen Bedingungen.

Faire Alternativen: im Weltladen, in Filialen der Fair-Handelskette Contigo oder in Webshops wie www.faire-edelsteine. de, www.janspille.de, www.tbschmuck. de und www.südsinn.de.

Elektronik

Hersteller von Akkus für Smartphones und Laptops profitierten von Kinderarbeit, kritisiert nicht nur Amnesty International. Minderjährige, manche gerade einmal sieben Jahre alt, schuften in Kobaltminen im Süden des Kongo ungesichert und für einen Hungerlohn. Auch in der Produktion der Geräte können die Hersteller Kinderarbeit nicht ausschließen. Der Apple-Konzern etwa hat in seinem Fortschrittsbericht 2017 einen Fall von Kinderarbeit in China und Schuldknechtschaft eingeräumt.

Faire Alternativen: das Fairphone (www.fairphone.org), die Maus von NagerIT (www.nager-it.de), das Siegel TCO certified (www.tcodevelopment.de).

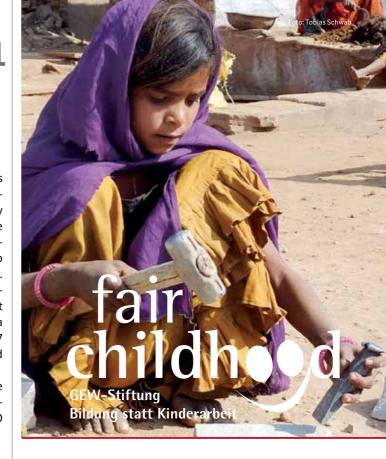
Urlaub

Viele Deutsche reisen übers Fest in die Ferne oder verschenken einen Reisegutschein. Die Schattenseite: Besonders bei Fernreisen bleibt vom Geld der Urlauber nur wenig im Land. Die meisten Jobs im Tourismus sind zudem mies bezahlt, saisonal, voller Überstunden. Auch Minderjährige sind betroffen: Millionen Kinder putzen Touristen die Schuhe, bedienen sie, führen sie zu Sehenswürdigkeiten, stellen Souvenirs her, waschen Teller – und werden auch sexuell ausgebeutet. Allein auf den Philippinen arbeiten laut UNICEF rund 60.000 Minderjährige als Prostituierte. Faire Alternativen: Wer seine Reise bei einem Anbieter des forum anders reisen (www.forumandersreisen.de) bucht, kann Kinderarbeit ausschließen. Dafür steht auch das TourCert-Siegel (www.tourcert.org).

Feuerwerkskörper

133 Millionen Euro verpulverten die Deutschen Silvester 2016. Die Feuerwerkskörper stammen meist aus Indien, China und Osteuropa. In Indien sind nach Schätzungen rund 6.000 Kinder an der lebensgefährlichen Produktion beteiligt. Die Alternative: Seit 1982 gibt es die Aktion "Brot statt Böller" (www.brotstatt-boeller.de). Der Erlös kommt Straßenkindern in Simbabwe und Kenia zugute.

Martina Hahn, freie Journalistin



Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung fair childhood.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,

IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00 BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

	ich möchte mehr Informationen fair childhood
a,	Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 12/2017

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood

GEW-Stiftung "Bildung statt Kinderarbeit" Reifenberger Straße 21 60489 Frankfurt am Main



Hochqualifiziert, prekärer Job

// Trotz Mindestlohn und -honorar sind in der Weiterbildung (WB) prekäre Beschäftigungsverhältnisse nach wie vor an der Tagesordnung. Das belegt der WB-Personalmonitor*, der erstmals repräsentative Daten für diesen Bildungsbereich erhoben hat. //

Wie ist es um die Situation des Personals in der Weiterbildungsbranche bestellt? Diese Frage ließ sich bislang nur lückenhaft beantworten: Repräsentative und vor allem kontinuierlich erhobene Daten zu Beschäftigungsformen, Arbeitsbedingungen, Tätigkeiten und zur subjektiven Sicht der Beschäftigten fehlten. Diese Lücke schließt nun der 2017 vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) veröffentliche WB-Personalmonitor. Von etwas mehr als 20.000 angeschriebenen Betrieben und Einrichtungen haben sich rund 1.800 an der Befragung beteiligt, bei den Beschäftigten betrug die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer etwa 6.000.

Rechnet man die Ergebnisse der Befragung hoch, dann sind lediglich 14 Prozent des Weiterbildungspersonals angestellt, gut 70 Prozent dagegen Solo-Selbstständige, die auf Basis von Werk- und Honorarverträgen arbeiten. Nur 25,7 Prozent aller im Weiterbildungssektor Tätigen sind nicht prekär beschäftigt (Klassifizierung der prekären Beschäftigung siehe Kasten); unter den Selbstständigen beträgt die Quote lediglich 12,8 Prozent. Für Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung, offenbaren die Daten ein Strukturproblem der Branche. Zwar gebe es hier seit mehreren Jahren einen Mindestlohn, dieser beziehe sich jedoch nur auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Für freiberufliche Lehrkräfte gilt zumindest in den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) organisierten Integrationskursen seit Juli 2016 ein Mindesthonorar von 35 Euro pro Unterrichtsstunde -"ein Schritt in die richtige Richtung", sagt Klinger. Die Honorarkräfte müssten allerdings ihre soziale Absicherung selbst finan-

Prekäre Beschäftigung

Bundesweit gibt es rund 1,35 Millionen Beschäftigungsverhältnisse in der Weiterbildung und knapp 700.000 Erwerbstätige. Der WB-Personalmonitor beurteilt die prekäre Situation der Beschäftigten anhand von vier Kriterien: Einkommen, Beschäftigungsstabilität (befristete oder unbefristete Beschäftigung, Solo-Selbstständigkeit), Beschäftigungsfähigkeit (regelmäßige Teilnahme an eigener beruflicher Fortbildung) sowie soziale Absicherung (Einbindung in soziale Sicherungssysteme wie Altersvorsorge). Mit Blick auf das Einkommen ist ein Drittel des Personals in der Weiterbildung prekär beschäftigt, auf 5,7 Prozent treffen alle vier Kriterien zu.



zieren und das unternehmerische Risiko tragen. "Rechnet man den beim BAMF geltenden Stundensatz auf eine Vergütung bei vergleichbarer angestellter Tätigkeit um, kommt man auf einen Nettoverdienst zwischen 1.200 und 1.600 Euro im Monat bei voller Stundenauslastung." Würde man die Lehrkräfte gemäß ihrer Qualifikation und ihren Aufgaben honorieren, so Klinger, müsste man ihnen einen Stundensatz zahlen, der dem Tariflohn der Entgeltgruppe 11 des öffentlichen Dienstes entspricht. Dies wäre ein Honorar von 55 bis 60 Euro pro Unterrichtsstunde. Insgesamt, so der Personalmonitor, sei der Zugang zur Lehrtätigkeit im Weiterbildungsbereich sehr heterogen. Noch bis in die 1980er-Jahre gab es in der Weiterbildung Beschäftigungsbedingungen, die mit denen des allgemein- und berufsbildenden Sektors vergleichbar waren. "Durch die Deregulierung in den 1990ern setzte eine deutliche Deprofessionalisierung und Prekarisierung ein", kritisiert Klinger. Der Bericht zeige, dass es politischen Handlungsbedarf gibt. Nötig sei ein Bundesgesetz für die Weiterbildung, in dem neben Regelungen zur Finanzierung der Weiterbildung auch Qualitätsstandards in der Ausbildung der Lehrenden festgelegt werden müssen.

Jürgen Amendt, Redakteur "neues deutschland"

*www.die-bonn.de/doks/2017-weiterbildner-01.pdf

Mehr Geld für den Kampffonds

// Für Angestellte im öffentlichen Dienst und Beamtinnen bzw. Beamte steigen die GEW-Beiträge ab 2018 leicht an. Das zusätzliche Geld fließt ausschließlich in den Kampffonds – die "Streikkasse" der Gewerkschaft. Von den daraus unterstützten Aktionen profitieren die Mitglieder, deren Beiträge erhöht werden. //

Noch immer gilt: Die Durchsetzungsfähigkeit einer Gewerkschaft – ihre Kampfkraft – hängt nicht zuletzt auch von ihrer Finanzkraft ab. Das haben viele GEW-Mitglieder in den vergangenen Jahren hautnah erfahren. In den Auseinandersetzungen für eine bessere Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst, für den Abschluss eines Tarifvertrags für angestellte Lehrkräfte oder für angemessene Gehaltserhöhungen waren vielfältige Warnstreikaktionen, teils sogar wochenlange Streiks notwendig, um bei den Arbeitgebern Gehör zu finden.

Wie andere Gewerkschaften unterstützt auch die GEW ihre Mitglieder im Streikfall mit einem finanziellen Ausgleich für das entgangene Gehalt. Dafür ist der sogenannte Kampffonds – eine "Streikkasse" – gebildet worden. Hier wird Geld angespart. Die Zahl der Auseinandersetzungen, für die Mittel aus dem Kampffonds geflossen sind, hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Außerdem rechnen wir damit, dass in Zukunft auch Beamtinnen und Beamte zunehmend in Auseinandersetzungen einbezogen werden müssen, denn immer mehr Bundesländer verweigern die früher praktizierte Übertragung von Tarifergebnissen aus dem Angestellten- auf den Beamtenbereich. Angemessene Besoldungserhöhungen werden wir künftig wohl nur mit entsprechenden zusätzlichen Aktionen erreichen. In der Frage, ob es rechtmäßig ist, dass Beamtinnen und Beamte an Arbeitskämpfen teilnehmen, steht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch aus (s. S. 22 ff.).

Im Mai 2017 hat der Gewerkschaftstag der GEW im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zu den Grundsätzen der Haushaltspolitik (hier wird die Finanzverteilung der Bil-

dungsgewerkschaft für die nächsten vier Jahre festgelegt) auch entschieden, Mitgliedsbeiträge zu erhöhen. Ausgangspunkt für alle Überlegungen war, den Bestand des Kampffonds zu sichern und schrittweise zu erweitern, damit die GEW auf zukünftige Auseinandersetzungen auch finanziell gut vorbereitet ist.

Erhöhung nicht für alle

Die Beitragserhöhung dient also ausschließlich dazu, dem Kampffonds mehr Geld zuzuführen und gilt auch nur für die Mitglieder, die von den künftigen Tarifauseinandersetzungen unmittelbar oder mittelbar betroffen sind und von deren Ergebnissen profitieren: Angestellte im öffentlichen Dienst sowie Beamtinnen und Beamte. Bei Letzteren erhöht sich der Beitrag ab dem Jahr 2018 um 0,03 Prozentpunkte und ab dem Jahr 2020 um weitere 0,02 Prozentpunkte. Bei den Angestellten steigt der Beitrag ab dem Jahr 2018 um 0,02 Prozentpunkte und ab dem Jahr 2020 um weitere 0,01 Prozentpunkte.

Die zusätzlichen Beiträge fließen nach Abzug des an den DGB abzuführenden Beitragsanteils unmittelbar und in voller Höhe in den Kampffonds. Somit wird die Beitragserhöhung, dem Gewerkschaftstagsbeschluss entsprechend, ausschließlich für Tarifauseinandersetzungen und die Unterstützung von Mitgliedern mit Streikgeld verwendet.

Die Beitragserhöhung wird ab Januar 2018 wirksam. Für Beschäftigte im Geltungsbereich des Tarifvertrages der Länder (TV-L) sowie für Beamtinnen und Beamte in verschiedenen Bundesländern gibt es zudem noch Beitragsanpassungen, die aus der letzten Tarif- bzw. Besoldungsrunde resultieren.

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GFW

Schatzmeisterm der GEW

Die aktuelle Beitragsordnung ist im Internet unter www.gew.de/Beitragsordnung zu finden.







Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollizins (fest
gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effek
tiver Jahreszins 2,99%, Brutlobetrag 44,317,65 €, Sicherheit. Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur
stille Gehaltsabtretung, Verwendung: 2.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vortelie: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate,
Sondertligung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten,
keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.





Fünf Jahrzehnte Widerstand-Forschung

// "Forschen. Erinnern. Vermitteln." So lautet das Programm des in Frankfurt am Main ansässigen "Studienkreises Deutscher Widerstand", der 2017 sein 50-jähriges Bestehen feierte. //

Gelegentlich blickt Thomas Altmeyer in staunende Gesichter, wenn er jungen Besuchern der KZ-Gedenkstätte Neckarelz erklärt, dass dort unter anderem französische Widerstandskämpfer inhaftiert waren, die als Zwangsarbeiter eine unterirdische Fertigungsstätte für Flugzeugmotoren zu bauen hatten. Franzosen? Ins KZ kamen doch nur Juden? Altmeyer erzählt die Geschichte als Beleg dafür, dass das Wissen um den Holocaust zwar in vielen Köpfen verankert ist, der selbstgestellte Auftrag des "Studienkreises Deutscher Widerstand", den er seit 2005 als Wissenschaftlicher Leiter betreut, sich indes auch nach 50 Jahren nicht erledigt hat. Mit einem Informations- und Aufklärungsmarathon hat der Studienkreis in den vergangenen Monaten das Jubiläum begangen: Ausstellungen, Seminare, Filme und Theaterstücke, Vorträge und Lesungen - insgesamt 25 Veranstaltungen einschließlich eines Festakts Ende Februar.

"Probleme des Widerstandes und der Verfolgung im Dritten Reich im Spiegel der Schulbücher und des Unterrichts" war das Thema einer Konferenz, zu der im Februar 1967 Wissenschaftler und ehemals am Widerstand Beteiligte in Frankfurt zusammenkamen – unter ihnen der Politologe und Jurist Wolfgang Abendroth, der Pastor und Wortführer der Bekennenden Kirche Martin Niemöller und der Vater der Geschwister Scholl, Robert Scholl. Das Treffen gab den Anstoß zur Gründung des Studienkreises. In der Bundesrepublik war zu dieser Zeit die Wahrnehmung des Widerstandes gegen das NS-Regime weithin verengt auf den Umsturzversuch am 20. Juli 1944, auf die Weiße Rose und den – nach damaliger sehr verallgemeinernder Diktion - Widerstand "der Kirchen". Dem setzten die Initiatoren des Studienkreises den Anspruch entgegen, den Widerstand in seiner ganzen sozialen und politischen Breite zu erforschen. Insbesondere legten sie einen Schwerpunkt auf die vor dem Hintergrund des Kalten Krieges im Westen gern ausgeblendete Rolle der Arbeiterbewegung, der sozialistischen und kommunistischen Linken. Eine erste Ausstellung "Antifaschistischer Widerstand 1933-1945" kam 1971 zustande.

Bibliothek und Archiv

Im Februar 1977 bezog der Studienkreis ein festes Domizil im Frankfurter Westend. Auf 130 Quadratmetern sind hier die mittlerweile 22.000 Titel umfassende Bibliothek und das Archiv untergebracht, beide werden von Ehrenamtlichen betreut. Das Archiv beherbergt unter anderem Nachlässe von bisher 20 Zeitzeugen des Widerstandes. Außerdem Akten aus 1.138

Entschädigungsverfahren zwischen 1949 und 1972, die vom Landesverband Hessen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) übernommen wurden, und die Kartei der Ärzte- und Sanitätshilfe, die nach 1945 NS-Verfolgte und deren Angehörige betreute. Von besonderer Bedeutung ist eine Sammlung von Aufzeichnungen über Erfahrungen im Widerstand oder im KZ, die Überlebende zeitnah nach 1945 niedergeschrieben hatten.

Seit dem Jahr 2001 hat der Studienkreis drei Wanderausstellungen entwickelt: "Frauen im Widerstand", "Jugendliche im Widerstand" und "Kinder im KZ Theresienstadt". Sie werden in Schulen, kirchlichen Einrichtungen, Gedenkstätten oder Rathäusern gezeigt. Die Zeitschrift "Informationen", die seit 1976 zweimal jährlich erscheint, enthält in jeder Ausgabe einen pädagogischen Teil für Lehrkräfte. "Gedenkorte Europa" heißt ein Internetportal*, das der Studienkreis seit 2013 betreibt – ein digitaler Reiseführer mit mittlerweile 2.300 Einträgen zu Schauplätzen von Besatzung und Widerstand.

Die Stadt Frankfurt am Main fördert den Studienkreis jährlich mit 25.000 Euro, ein Trägerverein zählt 165 Mitglieder. Im Jahresschnitt gehen bis zu 150 Anfragen von Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern und anderweitig Interessierten ein: "Es ist nicht so, dass es niemanden mehr interessiert", sagt Altmeyer.

Winfried Dolderer, Publizist und Historiker

*www.gedenkorte-europa.eu
Website des Studienkreises: www.widerstand-1933-1945.de



Der "Studienkreis Deutscher Widerstand" beging sein 50-jähriges Jubiläum mit zahlreichen Veranstaltungen – eine davon die Wanderausstellung "Nichts war vergeblich. Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus".

"Echter Hammer"

(E&W 10/2017, Seite 6 f.: "... das echte Leben in die Schule holen")

Nö, ne, das machen wir nicht – eine Erwiderung auf den Artikel "Schulpreis für die Berufsschule in Hameln". "Echtes Leben in die Schule holen"? Nö, wir wollen Inhalte vermitteln, das Leben soll gefälligst draußen bleiben. Echter Hammer, der Dalton-Unterricht, "jeder kann frei entscheiden, an welchem Arbeitsauftrag er arbeitet", ein Dalton-Begleiter, Lerntagebuch wird geführt. Wer hat es erfunden: die vier Daltons, als sie auf der Flucht vor Lucky Luke waren, so um 1970 rum. "Das persönliche Potenzial vollständig ausschöpfen" entspricht uns nicht, weil das die Schüler vollkommen entleert und wir wollen ganze Schüler. Was uns gut gefällt: "... erzielen die Schüler hier Erfolge, die an anderen Schulen kaum jemand für möglich hielt." Wie? Man traute euch das nicht zu? An anderen Schulen war man ungläubig, oder traut man das anderen Schulen nicht zu? Verwirrung. Und wir staunen ungläubig, Zitat: "Wir haben hier eine Haltung: ein großes Interesse daran, dass die jungen Menschen weiterkommen", sagt Gisela Grimme, die Schulleiterin. Wussten wir es doch! Pure Hetze, "weiterkommen". Auch das wollen wir nicht, wir möchten, dass unsere Kinder innehalten. Zeit haben zum Denken. Sich auf unseren Lorbeeren ausruhen und dann wieder durchstarten. Jeder erhalte eine Chance "um ins Leben zu kommen". Wenn nötig auch eine "zweite, dritte oder gar vierte Chance". Wo gibt es denn so etwas, bei uns an der Schule ist nach einmal aber Schicht im Schacht, dann wird gnadenlos ausgesiebt und abgesägt. Kamiran, der Iraker bringt es auf den Punkt: "Alle sind so nett zu mir", und die Schulleiterin ergänzt: "Keiner wird

hier platt gemacht." Da waren die Erwartungen bzw. Erfahrungen wohl woanders ganz anders. Ein beliebter Lehrersport, Schüler einfach platt machen. Und die Legalisierung von Spickzetteln läuft bei uns schon seit Jahren, an der Preisschule darf man das nur einmal pro Arbeit? Allerdings, wer erwischt wird, wird natürlich platt gemacht. "Kekse, Kerzen, Konfitüre" für den Verkauf und mit der Begründung: "Wir sind der Überzeugung, dass Menschen nur dann nachhaltig lernen, wenn dieses Lernen einen Sinn hat ..." Auch das stößt auf unseren erbitterten Widerstand. Wir lieben den Müßiggang, die Sinnlosigkeit und fördern eigentlich die Maxime des sinnentleerten Lernens. Und wir haben nicht "nur kaltes Wasser", wir haben warmes. Also noch einmal meinen Glückwunsch!

Wilfried Meyer, Bremen

>> Fortsetzung auf Seite 46



KLEINE TAT, GROSSE WIRKUNG.

Retten Sie Leben! Registrieren Sie sich jetzt als Stammzellspender und helfen Sie mit

Mund auf. Stäbchen rein. Spender sein!

SAMOS - GRIECHENLAND

Familie Taleporou verwöhnt Sie! 8 DZ, NR-Haus, exzellenter Service und super Frühstück! www.pension-ermioni-samos.de

www.schulorganisation.com

Dokumentation · Organisation Rechtssicherheit Laglich

Vom ewigen Leben der Seele nach dem Tod des Leibes erzählt die göttliche Offenbarung des Propheten Jakob Lorber! Kostenl. Buch unverbindlich anfordern bei Helmut Betsch, Bleiche 22/58, 74343 Sachsenheim

Ihre Anzeige in der E&W Telefon: 0201 84300-32

Berlin - Wohnung auf Zeit

super ausgestattet m. Möbeln u. allen Geräten, WLAN, Tel., zentral, ruhig; f. bis 2 P., ideal f. Sabbatical etc.; mtl. nur 880 € all incl.; Infos m Bildern: www.berlincentral-appartment.com Tel. 0170 2331409





Trolleys, Taschen, Rucksäcke Bester Preis, beste Qualität

• verschiedene Materialien

· hochwertig verarbeitet · große Auswahl

ab 49.90 €



Bernd Janssen u.a.: Für Menschenrechte gegen Hass und rechte Gewalt.

Unterrichten, erziehen und Schulkultur gestalten. Im Zentrum: 16 UE für die Fächer Politik, Deutsch, Religion und Musik. Sekundarstufe I 80 Seiten incl. Kopiervorlagen (DIN A4). Vandenhoeck & Ruprecht 2017, 19 Euro. ISBN 978-3-525-70243-7



Lesefreude für **Ihren Unterricht**

- spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
- senso-motorische Lernerlehnisse
- verständnisorientiertes Lernen
- Online-Unterrichtshilfen und Videos



Besuchen Sie jetzt www.lesefreude.net

>> Fortsetzung von Seite 45

Zu "arbeitgeberlastig"

(E&W 10/2017, Seite 16 f.: "Mit Bauchschmerzen in den Ausbildungsbetrieb")

Den Artikel finde ich - gerade für eine Gewerkschaftszeitung – viel zu "arbeitgeberlastig". Warum? Die gestiegene Zahl der Ausbildungsabbrüche und -wechsel liegt auch an der guten Wirtschaftslage und der demografischen Entwicklung. Oder anders formuliert: dem Arbeitskräftemangel in vielen Bereichen der deutschen Wirtschaft. Dieser gibt den Auszubildenden überhaupt die Chance, eine schlechte Ausbildung gegen eine etwas bessere zu tauschen. Eine Alternative, die es vor zehn Jahren so nicht gab. Wie ist die Reaktion der Wirtschaft? Anstatt die Arbeitsbedingungen im Handwerk und in Teilen des Dienstleistungssektors zu verbessern (die oft schlechter sind als vor 30 Jahren), wird gejammert. Die Institutionen werden aufgefordert, die Auszubildenden besser zu "beraten" - in dem Sinne, dass diese sich mit den schlechten Bedingungen abfinden sollen. Dabei wäre die Lösung so einfach - ich behaupte, eine Angleichung der Arbeitsbedingungen an jene der Industrie und eine echte Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würde das Problem der Ausbildungsabbrüche dramatisch reduzieren. Und vielleicht bekäme ich dann (wenn ich Arbeitsrecht im Fach Wirtschaftslehre unterrichte) nicht mehr die Rückmeldung, dass diese ganzen schönen Regeln ja nichts mit der Wirklichkeit zu tun hätten ...

Markos Pavlidis, Reichshof

Schulreform ohne Konzepte

(E&W 10/2017, Seite 28 f.: "Problematisches Arbeitsfeld")

Der Gewerkschaftstagsbeschluss (s. www.gew.de/Beschluss-3-17-PDF) im Mai mit dem Inhalt der "alternativlosen Inklusion" und der angestrebten "schrittweisen Aufhebung" des Parallelsystems Förderschule hat sehr kritische Leserbriefe auf den Weg gebracht (s. E&W 9 und 10/2017).

Die jetzige Debatte in E&W über die schulische Inklusion signalisiert, dass die GEW-Funktionärsebene den Druck der unzufriedenen Gewerkschaftsbasis und großer Teile der Lehrerschaft wahrzunehmen beginnt. Das ist eine positive Entwicklung. Leider erschöpft sich in den GEW-Publikationen



diese notwendige Debatte in der Kritik an der mangelhaften personellen und räumlichen Ausstattung der Inklusion in Schulen. Der personelle Mangel spielt für die Unzufriedenheit sicher eine große Rolle. Gerade auch die Lehrerinnen und Lehrer der Regelschulen stöhnen unter der Last der Überforderung durch verschiedene Leistungsniveaus, die sie alle gleichzeitig unterrichten sollen. Es gibt aber noch den anderen Aspekt, der nie erwähnt wird: Welche schulorganisatorischen, didaktischen, methodischen, sozialpsychologischen Bedingungen sind Voraussetzung für gemeinsames Lernen? Man hat mit der Inklusion eine riesige Schulreform in Bewegung gesetzt, ohne vorher an entsprechenden Konzepten ernsthaft gearbeitet zu haben. Man hat die Didaktik der sonderpädagogischen Fachrichtungen einfach ignoriert und so getan, als käme die Inklusion schon, wenn alle Kinder im gleichen Klassenzimmer sitzen. Man hat offenbar geglaubt, für die Schüler mit hohem kognitiven und sprachlichen Förderbedarf reiche es aus, das Arbeitsmaterial und die Inhalte der Regelklasse "zu vereinfachen". Beispiel: Die Sonderpädagogin vereinfacht das Arbeitsblatt zum Thema "das Auge" anstatt, wie es für diese Schüler sinnvoll sein könnte, mit den Sinneswahrnehmungen praktische Erfahrungen zu machen. Da sie ja die inklusiven Schüler per Anweisung nicht separieren soll, kann sie genau das nicht tun, denn dazu müsste sie mit ihren Schülern in einen anderen Raum umziehen, um dort mit ihnen mit anderer Methodik an anderen Themen zu arbeiten. Aber sie soll ja mit ihren Schülern im Klassenzimmer bleiben, Hauptsache alle zusammen. Dass die Schüler letztendlich in diesem gemeinsamen Klassenraum gar nichts gemeinsam tun, weil die Lernvoraussetzungen viel zu unterschiedlich sind, ist in diesem Bild von Inklusion unwichtig.

Entstehen dann in diesem gemeinsamen Klassenzimmer nicht Separierungen oder gar Ausgrenzungen, die emotional viel belastender sind als getrennte Klassenzimmer? Schülerinnen und Schüler mit hohem kognitiven und sprachlichen Förderbedarf kommen völlig zu kurz. Sie beginnen, in der Klasse ein Schattendasein zu führen und sitzen zum Beispiel am "Inklusionstisch" mit einfachsten, ruhigstellenden Beschäftigungen – um eine besonders absurde Form der Ausgrenzung im Klassenzimmer zu benennen. Es gibt noch mehr Problemstellungen in diesem fachlichen Feld: Wie entwicklungsförderlich ist es wirklich, wenn Schüler mit hohem kognitiven und sprachlichen Förderbedarf mit zunehmendem Alter in der Schulklasse keine Peergroup finden, außer vielleicht die Peergroup der anderen Förderschüler?

Für die Sonderpädagogen setzte mit dieser Art der Inklusionspraxis eine konsequente Deprofessionalisierung und berufliche Abwertung ein. Sie werden immer wieder gezwungen, die Konzepte der Regelschule zu übernehmen, auch wenn sie für ihre Schüler nicht passen. Als Lehrerin an einem baden-württembergischen SBBZ (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum, Anm. d. Red.) und als GEW-Mitglied vermisse ich Ernsthaftigkeit und Tiefgang der gewerkschaftlichen Debatte zur schulischen Inklusion. Vielleicht ist es von einer Lehrergewerkschaft zu viel verlangt, den Blick auf pädagogische Umsetzungskonzepte der Inklusion zu richten. Aber wenn das schon zu viel verlangt ist, dann bitte mehr Bescheidenheit - und keine Proklamationen "alternativloser" Umwälzungen der Schullandschaft, die man in ihren Konsequenzen für die Betroffenen gar nicht überdacht hat! Adelheid Wilhelm-Sprondel, Weil am Rhein

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte
Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.



Von hier an geht e; aufwärt;

Am "grünen Gürtel" von Baden-Baden bieten wir Ihnen:

- Intensiv und **individuell** ausgerichtete Einzel-/Gruppenpsychotherapie
- sicheres Auffangen von Krisen, kreative Stärkung Ihres Potentials
- Förderung der **Bewegungsfreude**, erlebnisintensive Aktivitäten
- moderne Einzelzimmer und Genießer-Küche mit Restaurantcharakter
- Wir behandeln die gängigen psychotherapeutischen Indikationen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Klassenfahrten London

mit oder ohne Sprachkurs ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm london@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

Skilanglaufreisen nach Skandinavien ww.die-vagabunden.de ☎ 0 43 52 - 95 68 695

Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies

T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Übernehmen Sie mit uns Verantwortung, damit sich die Lebensbedingungen in den armen Ländern unserer Welt verbessern.

www.brot-fuer-die-welt.de

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin www.berlinreisen.de

TOSCANA

Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl. Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041 info@aglioni.it, www.aglioni.it



Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch



Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59 Tel. (030) 21 23 41 90

10585 Berlin AMERIKA • ASIEN AUSTRAL

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

Klassenfahrten Versailles mit oder ohne Sprachkurs



schulfahrt.de

Schulfahrt Touristik SFT GmbH \cdot Herrengasse 2 \cdot 01744 Dippoldiswalde Ihr Reiseveranstalter \cdot Tel.: 0 35 04/64 33-0 \cdot www.schulfahrt.de

Der Reise-Ratgeber



Charlie", DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis



Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers. mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289 www.alte-tischlerei-putbus.de

Nordsee/Norddeich **Freizeitgruppenhaus**

Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe. www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

Die Wollmarshöhe

🗸 Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft: 07520 927-0

www.wollmarshoehe.de



Diesmal

